

**BKA**

*Forschung*

**Kriminalistisch-kriminologische Forschungsgruppe**

# **Unser aller Verantwortung**

ein nationales Programm  
zur Verbrechensprävention  
in Schweden

*Unser aller Verantwortung*



**BKA-Forschung**  
herausgegeben vom  
Bundeskriminalamt  
Kriminalistisches Institut

Bundeskriminalamt (Hg.)

**Unser aller Verantwortung**  
ein nationales Programm  
zur Verbrechensprävention  
in Schweden

Bundeskriminalamt Wiesbaden 1998

Die Originalfassung wurde 1996 unter dem Titel „Allas vårt ansvar. Ett nationellt brottsförebyggande program“ vom schwedischen Justizministerium veröffentlicht und ist seit 1997 auch in englischer Sprache („Our Collective Responsibility. A National Programme for Crime Prevention“, veröffentlicht vom National Council for Crime Prevention) erhältlich. Die vorliegende deutsche Übersetzung wurde im Auftrag des Bundeskriminalamtes gefertigt. Die Publikation erfolgt mit Genehmigung des schwedischen Justizministeriums.

Nachdruck bzw. Vervielfältigung, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des schwedischen Justizministeriums (Anschrift: Ministry of Justice, Division of Criminal Law, SE-103 33 Stockholm, Schweden)

# Vorwort

Seit November 1995 betreibt das Kriminalistische Institut des Bundeskriminalamtes, Fachbereich „Kriminalprävention und Öffentlichkeitsarbeit“, im Rahmen eines „Infopool Prävention“ eine intensivierete Informationssammlung, Auswertung und Dokumentation zu nationalen und internationalen Präventionsakteuren, Aktivitäten, Projekten und Modellen.

Ziele dieses langfristig angelegten Projektes sind u.a. die Bereitstellung einer Service- und Unterstützungsleistung für die Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes, das Angebot eines Forums für den nationalen und internationalen Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen Polizei und sonstigen Akteuren im Rahmen eines gesamtgesellschaftlichen Ansatzes der Kriminalprävention sowie die Politikberatung und Unterstützung präventionsrelevanter Initiativen auf Bundesebene.

Unter dem Motto „Unser aller Verantwortung“ hat das schwedische Justizministerium im Juni 1996 ein nationales Programm zur Verbrechensprävention als wichtigen, ersten Schritt einer breit angelegten nationalen Regierungsarbeit zur Verbrechensprävention in Schweden präsentiert.

Das Bundeskriminalamt hat dieses – zunächst nur in schwedischer Sprache vorliegende – Programm übersetzen lassen, um es als ein Beispiel für nationale Aktivitäten europäischer Staaten in die aktuelle Diskussion ganzheitlicher Präventionsansätze in Deutschland einbringen zu können.

Ziel ist nicht unbedingt die Adaption eines solchen nationalen Programms für Deutschland, sondern die Bereitstellung einer – sicherlich zu diskutierenden – Information darüber, wie das Ausland bestimmte Problemstellungen der Inneren Sicherheit bewältigt. Das Bundeskriminalamt veröffentlicht diesen Beitrag in Kenntnis und vor dem Hintergrund deutscher Ansätze, die ebenfalls z.T. auf ausländischen Vorbildern aufbauen. Zu nennen sind hier neben der derzeit beabsichtigten Einrichtung eines Deutschen Forums für Kriminalprävention, die Aktivitäten der auf

Bundesebene eingerichteten Interministeriellen Arbeitsgruppe Kriminalprävention, die überwiegend bereits weit fortgeschrittenen Aktivitäten der Bundesländer zur Gestaltung eines gesamtgesellschaftlichen Präventionsansatzes sowie die Diskussion zu Community Policing und dem deutschen Weg der Einrichtung kommunaler Sicherheits- und Ordnungspartnerschaften.

Mit vorliegender Publikation, die mit dankenswerter Genehmigung des schwedischen Justizministeriums erfolgt, ist nicht die Eröffnung einer neuen Reihe kriminalpräventiver Veröffentlichungen des Kriminalistischen Instituts des Bundeskriminalamtes geplant. Der Beitrag soll Ergänzung und inhaltliche Vertiefung der nunmehr bereits in einer zweiten, aktualisierten und fortgeschriebenen Ausgabe erschienenen Sammlung „Kriminalprävention in Deutschland und Europa – Akteure, Modelle und Projekte – Ausgewählte Dokumente aus dem ‚Infopool Prävention‘“ sein.

Rainer Hofmeyer  
Abteilungsleiter des Kriminalistischen Instituts des  
Bundeskriminalamtes





# Unser aller Verantwortung

## ein nationales Programm zur Verbrechensprävention

|   |    |
|---|----|
| <b>Vorwort</b>  | 9  |
| <b>I. Öffentliche und private Verantwortung und<br/>Bürgerinitiativen</b> |    |
| <b>Eine einleitende Programmerrläuterung</b>                              | 11 |
| Kriminalpolitik   | 11 |
| Ein Blick zurück - von informeller zu<br>formeller Kontrolle              | 13 |
| Ein Blick nach vorn - neue Herausforderungen                              | 16 |
| <b>II. Unterschiedliche Probleme -<br/>unterschiedliche Maßnahmen</b>     |    |
| <b>Allgemeine Überlegungen</b>  | 18 |
| Verbrechen  | 18 |
| Verbrechensbekämpfung   | 19 |
| Lokale Probleme - lokale Lösungen   | 20 |
| Gelegenheiten für Verbrechen reduzieren                                   | 22 |
| Eine kriminelle Laufbahn verhindern                                       | 24 |
| Die kriminelle Aktivität der rückfälligen<br>Verbrecher reduzieren        | 27 |
| Maßnahmen auf drei Ebenen   | 27 |
| <b>III. Perspektiven der Prävention in der<br/>Gesellschaftspolitik</b>   |    |
| <b>Vorschläge für Maßnahmen</b>   | 29 |
| Die präventive Perspektive  | 29 |
| Die präventive Rolle der Wirtschaft                                       | 33 |
| Die präventive Perspektive in der<br>öffentlichen Arbeit                  | 35 |
| Wohnumfeld  | 35 |
| Arbeit in benachteiligten Wohngebieten                                    | 38 |
| Forschungsbedarf  | 39 |

|  |    |
|--|----|
| <b>IV. Die öffentliche Verantwortung in der<br/>Kriminalpolitik<br/>Vorschläge für Maßnahmen</b> | 41 |
| Die Arbeit der Gesetzgebung  | 41 |
| Behörden des Rechtswesens  | 48 |
| Andere Behörden und sonstige Fragen  | 52 |
| <b>V. Die private Initiative<br/>Präventive Maßnahmen auf lokaler Ebene</b>                      | 59 |
| Ausgangspunkte für lokale präventive Arbeit  | 60 |
| Ein Modell für Zusammenarbeit  | 61 |
| Situative Verbrechensprävention  | 63 |
| Soziale Verbrechensprävention  | 67 |
| <b>VI. Die Durchführung</b>  | 72 |
| Die neue Rolle des Präventionsrates  | 72 |
| Wirtschaftliche Unterstützung<br>der lokalen Arbeit  | 74 |
| Ein Durchführungskomitee wird eingesetzt   | 75 |
| Ausblick   | 77 |

# Vorwort

In dieser Schrift wird die erste Etappe der nationalen Regierungsarbeit zur Verbrechensprävention präsentiert.

Ein Ausgangspunkt für die Arbeit der Regierung ist, daß das gesellschaftliche Problem, das Kriminalität verursacht, von einem breiten kriminalpolitischen Ansatz aus angegangen werden muß. Ein Großteil des Interesses an der Kriminalpolitik konzentriert sich auf den Einsatz des Rechtswesens sowie auf die Zahl der Polizisten und die Länge der Gefängnisstrafen. Solche Faktoren sind sicherlich wichtig, aber es ist auch ein erhöhtes Bewußtsein für das Gewicht von präventiver Arbeit in allen gesellschaftlichen Bereichen nötig.

Ein anderer Ausgangspunkt ist, daß die Ursachen der Kriminalität lokal angegangen werden müssen, dort, wo Probleme existieren. In der Nachkriegszeit ist ein großer Teil der informellen, privaten Kontrolle durch formelle, öffentliche Kontrolle ersetzt worden. Das hat zur Folge, daß der Abstand zwischen den Problemen, die lokal Kriminalität verursachen und den Maßnahmen, die nötig sind, um diese Probleme zu bekämpfen, zu groß geworden ist.

Für eine erfolgreiche Arbeit in der Verbrechensprävention sind Bürgerinitiativen und ein breites Engagement der Allgemeinheit notwendig.

Das Programm besteht hauptsächlich aus drei Bausteinen:

- Die Regierung und ihre Behörden sollen verstärkt untersuchen, wie die gesellschaftliche Entwicklung im Allgemeinen und politische Beschlüsse in anderen Bereichen als dem rein kriminalpolitischen die Kriminalität beeinflussen. Höhere Anforderungen zur Verhinderung von Kriminalität, werden an jene gestellt, die durch ihre Arbeit Gelegenheiten für Verbrechen schaffen. Betroffene in allen gesellschaftlichen Bereichen sollen vermehrt beachten, welche Konsequenzen ihre Entscheidungen und Maßnahmen für die Kriminalität haben.
- Gesetzgebung und Arbeit der Behörden im kriminalpolitischen Feld sollen weiterentwickelt und effektiver gestaltet werden.

- Es sollen Maßnahmen getroffen werden, um das private Engagement und die Zusammenarbeit von Behörden, Betrieben, Organisationen und Einzelpersonen in lokaler Verbrechensprävention zu unterstützen und zu fördern.

Das hier vorgelegte Programm soll als Beginn einer breit angelegten Arbeit gesehen werden, Voraussetzungen für eine langfristige und ausdauernde Verbrechensbekämpfung in allen gesellschaftlichen Bereichen zu schaffen. Das Programm soll als Basis für Gespräche u.a. mit den Gemeinden dienen.

Ein Komitee wird gebildet, das die Durchführung der Intentionen dieses Programms überwacht, besonders auf lokaler Ebene. Eine zentrale Aufgabe des Komitees wird sein, die Resultate der Beratungen, die die Regierung initiiert, durchzuführen und weiterzuarbeiten.

Stockholm, im Juni 1996.

# I Öffentliche und private Verantwortung und Bürgerinitiativen

## Eine einleitende Programmerläuterung

### Kriminalpolitik

In der Zeit nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs hat die Kriminalität in der schwedischen Gesellschaftenorm zugenommen. Laut Statistik angezeigter Verbrechen ist die Zahl der Verbrechen, die der Polizei jährlich bekannt werden, von 200.000 im Jahr 1950 auf 1.150.000 im Jahr 1995 gestiegen. Das ist eine Zunahme von fast 500 Prozent.

Ein Teil dieser Zunahme ist sicherlich irreführend, da sie u.a. auf erhöhter Anzeigeneigung und verschiedenen statistischen Veränderungen beruht. Andererseits steht es außer jeden Zweifels, daß nicht nur die angezeigte, sondern auch die faktische Kriminalität deutlich zugenommen hat, sowohl insgesamt als auch in einzelnen und schwereren Verbrechenkategorien, z.B. vorsätzliche Körperverletzung, Raub, schwerer Diebstahl sowie Drogenkriminalität.

Im gleichen Zeitraum ist auch der Anteil aufgeklärter Verbrechen zurückgegangen. Aufklärung ist ein komplizierter Begriff. Wenn man Aufklärung definiert als Rechtsverfolgung eines Täters, der ein Verbrechen begangen hat, muß man leider konstatieren, daß der Anteil aufgeklärter Verbrechen in der Nachkriegszeit um mehr als 50 Prozent zurückgegangen ist.

Das, was zusammenfassend Kriminalität genannt wird, hat viele verschiedene Ursachen und kann - was die Straftaten angeht - sehr unterschiedlich aussehen. Kriminalität kann außerdem sehr unterschiedliche Konsequenzen mit sich bringen, je nachdem, welche Personen oder Interessen betroffen sind.

Daraus folgt u.a., daß die effektivsten Maßnahmen gegen Kriminalität im Einzelfall deutlich variieren können, je nach Charakter des Verbrechens oder Eigenschaften des Täters.

Neue schwere  
Arten von  
Verbrechen

Wir leben in einer Zeit der schnellen gesellschaftlichen Veränderungen, in der die Anforderungen an das Anpassungsvermögen von Gesetzgebung und Kontrollbehörden an neue Probleme ständig steigen. So ist die Kriminalpolitik der Gesellschaft in den letzten dreißig Jahren wieder und wieder mit neuen und schweren Arten von Verbrechen konfrontiert worden: die Drogenkriminalität der sechziger Jahre, die Wirtschaftskriminalität der siebziger Jahre, eine immer schwerere und professionellere Kriminalität in den achtziger Jahren, Verbrechen mit rassistischen Vorzeichen und kriminelle Motorradgangs der neunziger Jahre. Das sind nur einige Beispiele der neuen Anforderungen an das kriminalpolitische System, das sich noch vor vierzig Jahren im wesentlichen damit beschäftigte, traditionelle Gewaltverbrechen, Diebstahl und Betrug zu bekämpfen.

Gleichzeitig ist es leider so, daß die Möglichkeiten, die der Gesellschaft für die Verbrechensbekämpfung zur Verfügung stehen, bisher auf ihre Inhalte beschränkt waren und in vielerlei Hinsicht überholt sind.

Kriminalpolitische  
Betrachtungsweise

In der allgemeinen Debatte ist die Kriminalpolitik in den letzten Jahren eindeutig mit dem staatlichen oder öffentlichen Teil der Maßnahmen assoziiert worden, der sich direkt gegen die Kriminalität richten soll, d.h. das Regelwerk mit den anhängigen Strafbestimmungen und dem Kontrollapparat, also Polizei, Staatsanwalt, Gerichte und Strafvollzug, die auf unterschiedliche Weise überwachen sollen, daß die Gesetze eingehalten werden.

Die Kriminalpolitik beinhaltet jedoch viel mehr: z.B. die allgemeine Wohlfahrtspolitik mit u.a. sozialer Wohnungspolitik; eine Schule, die offen für alle ist, sowie Vorschulen und Freizeitaktivitäten, in denen Kinder mit unterschiedlichem Hintergrund und aus unterschiedlichen Milieus aufeinandertreffen. Die Wohlfahrtspolitik richtet sich nicht, wie in vielen anderen Ländern, nur an Risikogruppen. Maßnahmen, die dazu beitragen, den Schutz für Kinder und Jugendliche

in Risikozonen zu verbessern oder die dem entgegenwirken, daß große Gruppen von Menschen ausgestoßen oder an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden, ist in der kriminalpolitischen Arbeit mindestens genauso wichtig wie die Arbeit des Rechtswesens oder sogar noch wichtiger.

Diese gesamtheitliche Betrachtungsweise ist auch kennzeichnend für die öffentliche Kriminalpolitik in Schweden und dem übrigen Nordeuropa während der letzten Jahrzehnte.

### **Ein Blick zurück - von informeller zu formeller Kontrolle**

Die strafrechtliche Gesetzgebung hat in diesem Land eine mehr als tausend Jahre alte Tradition. Der öffentliche Kontrollapparat, wie wir ihn heute kennen, wurde aber erst während der industriellen Revolution geschaffen. Heute hat er also eine knapp 200 jährige Geschichte, und mit wirtschaftlichen und anderen Maßstäben gemessen, geschah das große Wachstum des Kontrollapparates in der Zeit direkt nach dem Ende des Ersten Weltkriegs. In diesem Zeitraum verlor die sehr alte informelle oder private Kontrolle viel von ihrer früheren Bedeutung.

Zunächst als Alternative, später als Ergänzung zur öffentlichen formellen Kontrolle, wurde die informelle Kontrolle in immer größerem Rahmen durch die formelle Kontrolle ersetzt.

In der Nachkriegszeit entwickelte sich die schwedische Gesellschaft auch auf eine solche Weise, daß die Voraussetzungen für die Kriminalität radikal verändert wurden, leider in negativer Weise. Das liegt teilweise an gewissen strukturellen Faktoren, die Schweden mit den anderen westeuropäischen Ländern teilt. Die deutliche Verbesserung der materiellen Lebensumstände der Menschen und ein geänderter Lebensstil haben deshalb eine starke Zunahme der Gelegenheiten zur Kriminalität mit sich gebracht. Die soziale Kontrolle ist aufgrund der Urbanisierung zurückgegangen, die Anonymität gestiegen; die Einwanderung hat die Zusammensetzung der Bevölkerung verändert, und das Normensystem sowie die Rolle von Familie und Kirche haben sich verändert.

Die alten Autoritäten sind also verschwunden. Viele dieser gesellschaftlichen Veränderungen sind an sich wünschenswert gewesen, haben aber gleichzeitig unerwünschte Nebenwirkungen. Es stellte sich heraus, daß die Veränderungen gute und schlechte Seiten hatten, und wir haben den negativen Konsequenzen der gesellschaftlichen Entwicklung für die Kriminalität allzu wenig Aufmerksamkeit geschenkt.

Schadensbegrenzung Die öffentliche Kriminalpolitik in ihrer eigentlichen Bedeutung, d.h. die Arbeit des Rechtswesens, ist auf die kriminellen Individuen ausgerichtet. Dieser Teil der Kriminalpolitik ruht letztlich auf einem staatlichen Gewaltmonopol und ist nur in Ausnahmefällen präventiv, nämlich wenn er die zugrundeliegenden Ursachen oder die grundlegenden Voraussetzungen für Kriminalität beseitigt. Bei der Betrachtung der Mittelverwendung innerhalb des Kontrollapparates fällt auf, daß der Großteil der Mittel für die Regulierung der Konsequenzen bereits begangener Verbrechen in Anspruch genommen wird.

Die private Arbeit gegen Kriminalität und das Bewußtsein, daß Kriminalität letztlich das Resultat der gesellschaftlichen Entwicklung ist, und daß Kriminalität natürlich auch von anderen politischen Maßnahmen als den rein kriminalpolitischen beeinflußt wird, sind nicht ausreichend beachtet worden.

Eine präventive Perspektive ist in den Teilen der Gesellschaftspolitik, die in engerem Sinne an die Kriminalpolitik grenzen, genausowenig berücksichtigt worden. Dieses Bewußtsein muß besonders bei politischen Entscheidungsträgern auf unterschiedlichen Ebenen geschärft werden, um so die Risiken unerwünschter kriminalpolitischer Nebenwirkungen bei Entscheidungen zu verringern.

Bestimmte Teile der Gesellschaftspolitik sind hier selbstverständlich von größerer Bedeutung als andere, z.B. in bezug auf Kinder und Jugendliche, den Arbeitsmarkt, das Gesundheitswesen, Alkohol, Drogen und Ausbildung.

Man muß sich auch der wesentlichen präventiven und vorbeugenden Arbeit bewußt sein, für die Bürger, z.B. Eltern, Einzelpersonen oder Interessenverbände, Institutionen und Betriebe selber verantwortlich sind. Diese Arbeit beruht auf Zusammenarbeit, informeller Kontrolle und zwischenmenschlichem Engagement, und die Voraussetzungen sowie die Formen der Bemühungen unterscheiden sich wesentlich von der staatlichen Arbeit auf diesem Gebiet.



Die private Initiative - so genannt, um sie von der öffentlichen Verantwortung zu unterscheiden - ist fast ausschließlich ideeller Natur oder durch private Gründe motiviert. Sie zielt oft darauf, das private Eigentum oder die Rechtssphäre zu schützen. Außerdem hat sie oft präventiven Charakter und kann sich lediglich in Ausnahmefällen auf repressive Maßnahmen stützen.

Daß die öffentliche Verantwortung und die private Initiative Seite an Seite existieren, ist eine wichtige Voraussetzung dafür, daß die gesellschaftliche Kriminalpolitik im weiteren Sinne, in der heutigen Gesellschaft, erfolgreich sein kann. Sie ergänzen sich, sind voneinander abhängig und erweitern das Spektrum der Möglichkeiten in der Kriminalitätsprävention.

Das private Engagement ist vernachlässigt worden

Die Voraussetzungen für die informelle Kontrolle verschlechterten sich während der Nachkriegszeit, gleichzeitig wurde der öffentliche Kontrollapparat ausgebaut. Als man später in der allgemeinen Debatte die Versäumnisse in der Kriminalpolitik diskutierte, in der Regel mit dem Hinweis auf die steigende Kriminalität und die sinkende Aufklärungsrate, hat man gerade den öffentlichen Teil der Arbeit besonders kritisiert.

Die Debatte konzentriert sich zunehmend auf die Gesetzeslücken und die Gestaltung des Strafsystems sowie auf den Mangel an Mitteln und die mangelnde Effektivität der für die Rechtspflege zuständigen Behörden. Sicherlich wichtige Fragen an sich, jedoch lediglich eine Seite der gesellschaftlichen Kriminalpolitik.

Und während sich die Kriminalpolitik hauptsächlich damit beschäftigte, die Kriminalität durch den Entwurf einer lückenlosen Gesetzgebung zu bekämpfen - sie sollte nicht nur der Gerechtigkeit und der Rechtssicherheit dienen, sondern auch die Arbeit der Kontrollbehörden effektiver gestalten - wurde die private Initiative in viel zu geringem Umfang berücksichtigt.

Die informelle Kontrolle wurde in hohem Maße durch die institutionalisierte Arbeit der Gesellschaft ersetzt. Die Zusammenarbeit mit dem privaten Engagement auf lokaler Ebene, in der Umgebung, in der wir wohnen, arbeiten und allgemein unseren Wirkungskreis haben, d.h. in dem kleinen Teil der Welt, wo wir sozusagen "unser Leben leben", ist vernachlässigt worden. Statt dessen wurden die Gesetzgebung und die Arbeit der für die Rechtspflege zuständigen Behörden in den Mittelpunkt gerückt.

## Ein Blick nach vorn - neue Herausforderungen

Weil es deutlich geworden ist, daß das Rechtswesen allein die Kriminalität nicht bekämpfen kann, und da außerdem ihre Mittel auch in Zukunft niemals ausreichen werden, wird es nun zu einer neuen Herausforderung für Gemeinden und Behörden auf lokaler Ebene, in einer straffer organisierten Zusammenarbeit und zum Nutzen aller die Kraft, das Engagement und die Möglichkeiten der privaten Initiative zu berücksichtigen.

In einem hochindustrialisierten Wohlfahrtsstaat wie unserem muß allerdings - das muß kaum erwähnt werden - die Verantwortung für den Kampf gegen die Kriminalität einzig und allein dem Staat obliegen, besonders der Gesetzgebungsprozeß und die Arbeit, die von den für die Rechtspflege zuständigen Behörden geleistet wird. Man darf also nicht der Versuchung erliegen zu glauben, daß die private präventive Arbeit auf lokaler Ebene die öffentliche Kriminalpolitik ersetzen kann. Es geht statt dessen darum, die zusätzlichen Mittel, die die freiwillige Arbeit der Bürger darstellt, zu nutzen.

Eine Frage der Effektivität

Es sind nicht nur die Formen der öffentlichen Verantwortung und der privaten Initiative, die sich unterscheiden. Letztlich ist es auch eine Frage der Effektivität bei der Wahl der Maßnahmen. Mit anderen Worten geht es um den selbstverständlichen Sachverhalt, daß unterschiedliche Arten von Verbrechen auch unterschiedliche Maßnahmen erfordern; manchmal von formellem, übergeordnetem und öffentlichem Charakter, manchmal in Form von privater Arbeit auf lokaler Ebene, die ideelle oder rein private Gründe voraussetzt.

Der Abstand zwischen Kriminalität auf lokaler Ebene und den Maßnahmen, die dieser Kriminalität vorbeugen und sie bekämpfen sollen, ist ganz einfach zu groß geworden. Das hat mehrere negative Konsequenzen zur Folge. Das Engagement und die Kreativität, die einzelne Menschen entwickeln können, wenn sie mit Schwierigkeiten dieser Art konfrontiert werden, ist teilweise verloren gegangen, auch im Zusammenhang mit den unterschiedlichen Problemen und den Maßnahmen, die man gegen sie eingesetzt hat. Die Maßnahmen sind nicht effektiv genug gewesen, was auf einer allzu großen Diskrepanz zwischen Problem und Maßnahme beruht.

## Lokale Arbeit

Was die private präventive Arbeit auf lokaler Ebene betrifft, stehen wir nun vor einer wichtigen politischen Aufgabe: die Verantwortung und die Bedeutung der präventiven Arbeit auf lokaler Ebene müssen hervorgehoben und betont werden, um auf diese Weise die Kreativität und Arbeitskapazität zu nutzen und zu unterstützen, die bei Einzelpersonen, Organisationen und Betrieben bestehen. Ein wichtiger Teil dieses Prozesses ist die Entwicklung effektiver Formen für die Unterstützung der Behörden und die Zusammenarbeit mit den Behörden, die die letztliche und formelle Verantwortung für den Kampf gegen die Kriminalität tragen.

## Seite an Seite zusammenarbeiten

Es ist eine Herausforderung für die Regierung und für die gesamte Gesellschaft, auf diese Weise eine Basis für eine neue und effektive präventive Arbeit zu schaffen.

In diesem nationalen präventiven Programm wird die Kriminalpolitik in der schwedischen Gesellschaft deshalb neu strukturiert. Das bedeutet, daß die öffentliche und private Verantwortung sowie die private Initiative Seite an Seite zusammenarbeiten müssen, um der Kriminalität vorzubeugen.

Das Programm richtet sich gegen sogenannte traditionelle Kriminalität, Diebstahl, Betrug, Gewalt und Sachbeschädigung, d.h. die Kriminalität, die die Kriminalitätsstatistiken dominiert und die normalerweise Menschen in ihrem Alltag trifft.

## II                    **Unterschiedliche Probleme unterschiedliche Maßnahmen**

### **Allgemeine Überlegungen**

#### **Verbrechen**

In die Beschreibung eines Verbrechens fließen gewisse notwendige Bestandteile ein. Ein Verbrechen setzt voraus, daß es einen *Täter* gibt, ein *Opfer* oder *Angriffsobjekt*, und schließlich *nicht vorhandene Bewachung*, d.h., Opfer oder Angriffsobjekt sind nicht bewacht oder geschützt, sondern können faktisch angegriffen werden.

Neben diesen Bedingungen sind auch unsere Methoden der Verbrechensbekämpfung von Anfang an gegeben, andere Methoden existieren nicht. Die Zahl der Täter verringern und/oder die Zahl der Angriffsobjekte oder zumindest versuchen, diese beiden auseinanderzuhalten!

Im Rechtswesen hat man versucht, die Zahl der mutmaßlichen Täter zu senken oder den Hang der Täter zur Kriminalität durch verschiedene abschreckende und rehabilitierende Maßnahmen oder durch Gefängnisstrafen zu begrenzen. Die Maßnahmen haben sich traditionell auf die Täter konzentriert.

Die private Arbeit dagegen ist oft dadurch gekennzeichnet, daß man auf unterschiedliche Art technisch oder sogar physisch versucht, mögliche Angriffsobjekte zu schützen, besonders, wenn ein privates Motiv dafür besteht, z.B. den eigenen Wohnsitz, das Auto oder das Sommerhaus.

Daß verschiedene Interessenten Kriminalität auf verschiedene Arten bekämpfen, ist in der Regel ebenfalls eine natürliche Folge variierender Voraussetzungen für ihre Arbeit. Es ist deshalb nicht besonders verwunderlich, daß sich z.B. die Polizei dafür entschieden hat, zumindest einen bestimmten Teil ihrer Mittel darauf zu verwenden, einige tausend Autodiebe zu verfolgen, die für den Großteil der ca. 40.000 Autodiebstähle jährlich in Schweden verantwortlich sind. Es wird nicht der Versuch unternommen, die fast vier Millionen Pkw zu überwachen, die die möglichen Angriffsobjekte in diesem Zusammenhang sein könnten.

## Verbrechensbekämpfung

Daß die grundlegende Logik der Verbrechensbekämpfung von Anfang an durch die Voraussetzungen des Problems determiniert ist, bedeutet jedoch nicht, daß es möglich ist, sie direkt in konkrete Maßnahmen oder gar fertige Strategien umzusetzen. Der wesentliche Grund dafür ist, daß die verschiedenen Voraussetzungen allzu unterschiedlich sind, abhängig davon, um welche Art Täter, Angriffsobjekt, Gelegenheit zur Kriminalität oder Verbrechen es geht.

Die effektive Maßnahme ist dadurch gekennzeichnet, daß sie im Hinblick auf genau das Verbrechen entwickelt worden ist, dem vorgebeugt oder das verhindert werden soll. Das Problem ist, die richtige Maßnahme für eine bestimmte Art von Verbrechen zu finden.

Daß die Schwierigkeiten dabei nicht geringer werden, ist dem Umstand zu verdanken, daß z.B. die Polizei und andere Behörden ganz einfach keine Mittel haben und niemals genug Mittel haben werden, die große Gruppe mutmaßlicher Täter oder die nahezu unendliche Zahl möglicher Angriffsobjekte zu bewachen.

Das Problem kann auch nicht dadurch gelöst werden, daß der Gesetzgeber und die für die Rechtspflege zuständigen Behörden ihre kontrollierenden und strafenden Befugnisse Privatpersonen, Organisationen oder Betrieben überlassen, die ein direktes Interesse daran haben, ihr Eigentum oder ihre eigenen Interessen zu schützen.

Gemeinsames  
Ziel

Wenn die Maßnahmen gegen Kriminalität maßgeschneidert werden sollen, muß die öffentliche Kriminalpolitik mit den privaten Initiativen in weit größerem Umfang als bisher zusammenarbeiten.

Gleichzeitig müssen wir uns jedoch dessen bewußt sein, daß eine solche Zusammenarbeit nicht immer nützlich oder gar notwendig ist.

Es gibt Arten von Verbrechen, bei denen die für die Rechtspflege zuständigen Behörden schlechte Voraussetzungen haben, diesen Verbrechen vorzubeugen. Deshalb muß die Ambition der Behörden bereits von Beginn an sein, den entstandenen Schaden zu untersuchen und gesetzlich zu regulieren. Es gibt natürlich auch Verbrechen, wo eventuelle private Anstrengungen völlig wirkungslos sein würden, z.B. schwere organisierte Kriminalität, Wirtschaftskriminalität oder politischer Terrorismus.

Bei einem Großteil der Verbrechen ist es jedoch so, daß eine effektive präventive Arbeit eine Kombination von Gesetzgebung und behördlichen Maßnahmen auf der einen Seite und privater Arbeit auf der anderen Seite voraussetzt. Das kann auf unterschiedliche Weise geschehen - dadurch, daß jeder für sich das Problem

bekämpft, ausgehend von seinen unterschiedlichen Voraussetzungen, oder dadurch, daß man bereits von Anfang an auf ein gemeinsames Ziel hin zusammenarbeitet.

### **Lokale Probleme - lokale Lösungen**

Bei verschiedenen Untersuchungen ist klar festgestellt worden, daß die Kriminalität, die Menschen in ihrer lokalen Umgebung trifft, große Bedeutung hat. Von diesem Ausgangspunkt aus kann man sich vorstellen, wie viele dieser Verbrechen gegen Einzelpersonen oder gegen den Haushalt, dem sie angehören, gerichtet sind; und die den Menschen in seiner lokalen Umgebung treffen, d.h. zu Hause, in der Wohngegend, am Arbeitsplatz, in der Freizeit etc.

Laut den letzten aktuellen Opferbefragungen (in denen man eine repräsentative Auswahl der Bevölkerung zwischen 16 und 74 Jahren aus dem ganzen Land interviewte) erklärten ca. sechs Prozent der Befragten, daß sie im Zeitraum von einem Jahr irgendeiner Form von Gewalt oder der Androhung von Gewalt ausgesetzt waren. Das entspricht jährlich ca. 400.000 Personen.

Im Normalfall sind dies sicherlich keine schweren Verbrechen, aber für zwei Prozent der Befragten war die Gewalt zumindest so schwer, daß sie zu sichtbaren Verletzungen oder körperlichen Schäden führte. Und nur ein kleiner Teil dieser Verbrechen ist der Polizei gemeldet worden. Abhängig von der Schwere des Verbrechens und den Beziehungen zwischen Opfer und Täter schwankt der Anteil der angezeigten Verbrechen zwischen fünf und zwanzig Prozent.

In der Mehrzahl der Fälle sind dies Verbrechen, die die Opfer in ihrer "eigenen", lokalen Umgebung trafen.

Es sollte auch erwähnt werden, daß Frauen, die von Männern mißhandelt wurden oder die sexuellen Übergriffen von Männern ausgesetzt sind, mit dem Täter zusammenleben oder ihn kennen, und daß der Großteil der Gewalt gegen Frauen im eigenen Heim passiert.

Die Gefahr, Opfer von Diebstahl oder Sachbeschädigung zu werden, ist natürlich wesentlich größer als die Wahrscheinlichkeit, von Gewalt und Bedrohung betroffen zu werden. Laut o.g. Befragung erklärten 20 bis 25 Prozent der Befragten, daß sie im Laufe des letzten Jahres mindestens bei einer Gelegenheit von solchen Eigentumsdelikten betroffen waren. Das Eigentum von eineinhalb Millionen Menschen in diesem Land wird also durch Verbrechen beschädigt. Und ein Großteil dieser Verbrechen sind nicht zur Anzeige gekommen.

Natürlich gibt es auch andere soziale Störungen außer Verbrechen, die die Sicherheit unseres Daseins gefährden können. Im einfachsten Fall kann es sich um Mängel in der rein physischen Umgebung handeln, aber es kann auch um ethnische und soziale Gegensätze in der Wohngegend gehen, um lokale Probleme der öffentlichen Ordnung in Einkaufszentren, auf Bahnstationen und in der Nähe von Gaststätten und Restaurants; um heruntergekommene Drogenabhängige, lautstarke Jugendliche oder Mobbing in der Schule.

Besorgnis ernst nehmen

In bestimmten Fällen kann es sogar so kompliziert sein, daß das Erleben eines starken Gefühls von Unsicherheit und mangelnder Geborgenheit nicht auf einer faktisch größeren Gefahr basieren muß, von Verbrechen oder anderen Störungen betroffen zu werden.

Aus rechtsstatistischen Daten, Opferbefragungen und verschiedenen Spezialstudien geht z.B. eindeutig hervor, daß unsere Rentner der Teil der Bevölkerung sind, die am wenigsten von Gewalt oder Bedrohung betroffen sind. Tatsächlich ist die Gefahr sehr gering oder gar nicht vorhanden. Gleichzeitig steht jedoch fest, daß keine andere Gruppe so viel Angst vor Gewalt und Bedrohung hat. Die Ursachen dieser erlebten Angst liegen laut Kriminalforschung in Isolation und Gebrechlichkeit.

Aus diesen Gründen ändern viele Rentner ihre täglichen Gewohnheiten, um Gefahren zu vermeiden, denen sie rein faktisch selten oder niemals ausgesetzt sind.

Die einzige Möglichkeit für die Lösung dieser Probleme auf konstruktive Weise ist, die Ängste ernst zu nehmen und Wege zu finden, die Isolation, die diese Menschen empfinden, zu durchbrechen. Das Problem kann nicht mit dem einfachen Hinweis abgetan werden, daß die Ängste sachlich unbegründet sind. Sie müssen als Problem für sich betrachtet werden und mit Maßnahmen bekämpft werden, die faktisch Sicherheit schaffen.

Verbrechen treffen die Menschen in ihrer lokalen Umgebung. Auch die Prioritäten der Verbrechens-

prävention sollten deshalb der lokalen Ebene angepaßt werden. Hier existiert das Wissen darüber, wie man die Umstände verändern kann, die die eigentlichen Voraussetzungen für Verbrechen sind, und wie man die Hintergründe beeinflusst, die für Verbrechen verantwortlich sind und Unsicherheit bei den Mitbürgern hervorrufen.

### **Gelegenheiten für Verbrechen reduzieren**

In einer längeren Zeitperspektive kann die Entwicklung der Kriminalität damit erklärt werden, daß z.B. der gestiegene Wohlstand und die veränderten Lebensumstände mit sich gebracht haben, daß es heute bedeutend mehr Objekte gibt, die gestohlen werden können, daß die Diebstahlsobjekte ungeschützter sind als früher und daß die Möglichkeiten, zu vandalisieren und zu betrügen um ein Vielfaches höher sind als früher. Ähnlich verhält es sich mit Gewaltverbrechen, besonders wenn sie mit Freizeitvergnügungen in Zusammenhang stehen, da hier die Zahl der Situationen, aufgrund derer Gewalt ausgeübt wird, stark zugenommen hat.

Eine zentrale Ausrichtung der präventiven Arbeit ist deshalb, die *Gelegenheitsstrukturen zu beeinflussen*, d.h. die Verbrechen weniger lohnend, riskanter und schwerer durchführbar zu machen. Die sogenannte situative Verbrechenprävention kann in folgende Maßnahmen eingeteilt werden: Maßnahmen, die die Durchführung krimineller Taten erschweren; Maßnahmen, die die Gefahr, erwischt zu werden, vergrößern; Maßnahmen, die die Gewinnspanne von Verbrechen reduzieren; und Maßnahmen, die darauf zielen, Ausreden wie "alle anderen tun es auch" zu erschweren.

Durch das Wissen, wo und wann Verbrechen begangen werden, und die Kenntnis der Umstände für Verbrechen kann ein Großteil der sogenannten Alltagskriminalität kontrolliert werden.

Bestimmte Wohngebiete sind häufiger von Einbrüchen betroffen als andere, bestimmte Geschäfte sind einem höheren Risiko für Raub oder Ladendiebstahl ausgesetzt als andere, in bestimmten Parkhäusern sind Diebstähle von und aus Autos häufiger als in anderen, und bestimmte Bereiche sind Sachbeschädigungen häufiger ausgesetzt als andere.



Dazu kommt, daß bestimmte Personengruppen größere Gefahr laufen, Opfer von Verbrechen zu werden als andere. Das gilt nicht zuletzt für solche Personen, die bereits früher Opfer eines Verbrechens geworden sind.

Das Wissen um die Konzentration von Verbrechen in Zeit und Raum ist eine Voraussetzung dafür, daß die Mittel dort eingesetzt werden, wo sie am meisten gebraucht werden. Das kann Information an bestimmte Haushalte sein, zielgerichtete Bewachung von Eigentum oder von Bereichen, die besonders betroffen sind oder andere konkrete situative Maßnahmen, wie z.B. bessere Beleuchtung oder bessere Schlösser und Türen zu Wohnungen.

Alkohol ist  
Zündstoff für  
Gewalt

Auch die Entwicklung der Kriminalität kann mit der Gelegenheitsstruktur in Verbindung gebracht werden, durch die Zunahme der Situationen, die in Gewalt münden können.

Das gilt vor allem für Gewalt, die mit Freizeitvergügungen außerhalb der eigenen Wohnung in Zusammenhang steht. Der Großteil der Gewalt außerhalb der eigenen Wohnung entsteht nicht selten aus banalen oder geringfügigen Vorfällen. Es kommt sicherlich auch schwere Gewalt vor, die nicht von irgendeiner Form von Streit, Zwist oder Handgemenge eingeleitet wird, aber diese Gewalt ist viel seltener.

Bei Gewaltverbrechen sind Täter und Opfer oft alkoholisiert, und auch wenn der Zusammenhang zwischen Alkohol und Gewaltverbrechen nicht immer deutlich ist, ist Alkohol doch ein unübertroffener Zündstoff im Zusammenhang mit Gewalt.

Gewaltverbrechen vorzubeugen bedeutet also hauptsächlich, die Zahl solcher Handlungsverläufe und Vorkommnisse, die nach unseren Erfahrungen oft in Gewaltsituationen münden, zu verringern.

## **Eine kriminelle Laufbahn verhindern**

Kriminalität ist nicht nur in Zeit und Raum konzentriert, sondern auch ungleichmäßig auf die Täter verteilt. Das bedeutet, daß ein sehr kleiner Teil der kriminell Aktiven für einen sehr großen Teil der Kriminalität verantwortlich ist. Der Grad der Konzentration schwankt natürlich von Verbrechen zu Verbrechen, aber insgesamt und für die Mehrzahl der schweren Verbrechen wie z.B. Wohnungseinbrüche und Gewaltverbrechen kann man eine Gruppe ständig rückfälliger Verbrecher erkennen (auch persistente oder chronische genannt), die überproportional kriminell aktiv sind.

Von verschiedenen kriminologischen Studien wissen wir, daß die Gruppe der ständig rückfälligen Verbrecher - die fast immer aus Männern besteht - ca. ein halbes Prozent der männlichen Bevölkerung beträgt. Diese Randgruppe ist verantwortlich für den Großteil aller Wohnungseinbrüche, Autodiebstähle und für andere ähnlich schwere Diebstähle in Schweden.

Außerdem ist diese Gruppe verantwortlich für einen wesentlichen Teil der Diebstähle in Kaufhäusern und Geschäften sowie für Raubüberfälle, bestimmte Arten von Betrug und Hehlerei, die offene Drogenkriminalität, für schwere Verkehrsdelikte sowie für einen Teil der schweren Gewaltverbrechen, die in Kreisen Drogenabhängiger stattfinden, und die im übrigen einen wesentlichen Teil der allerschwersten Gewalt ausmachen.

Die Kriminalität dieser Gruppe ist stark auf ihre eigene Wohngegend konzentriert.

Drogen

Gleichzeitig sind die Täter in dieser Gruppe in der Regel seit ihrer frühen Kindheit verschiedenen sozialen und für die Rechtspflege zuständigen Behörden bekannt und sie haben früh Erfahrungen mit Jugendamt, Drogenentzug und Strafvollzug gemacht.

Die ständig rückfälligen Verbrecher sind oft drogenabhängig. Sie werden früh an den Rand der Gesellschaft gedrängt oder aus ihr ausgestoßen und haben eine sehr hohe Sterblichkeitsrate. Die häufigsten Todesursachen sind Krankheiten infolge von Drogenkonsum; Überdosen, Unglücksfällen, Mord und Selbstmord.

Die effektivste Weise, der großen Zahl von Verbrechen vorzubeugen, die von ständig rückfälligen Verbrechern begangen werden, ist natürlich, *eine solche kriminelle Laufbahn zu verhindern*. Diese beginnt oft in der frühen Jugendzeit, meistens vor dem Strafmündigkeitsalter, mit kleineren Diebstahlsdelikten, Sachbeschädigung etc.

Ein Großteil dieser Kriminalität kann als reine Gelegenheitskriminalität charakterisiert werden, d.h. sie ist sehr selten geplant. Das zugrundeliegende Motiv ist normalerweise, zusammen mit Freunden Abenteuer zu erleben. Die meisten Jugendlichen hören dann auf, aber einige von ihnen machen weiter, und ihre Verbrechen werden schwerer. Aus einer großen Zahl Gelegenheitsverbrecher kristallisiert sich eine kleine Anzahl Personen heraus, die sich zu ständig rückfälligen Verbrechern entwickeln.

Je weiter diese "Karriere in abweichendem Verhalten" fortschreitet, desto schwerer ist es, mit sozialen oder situativen präventiven Maßnahmen eine Fortsetzung zu verhindern. Deshalb ist es von großer Bedeutung, früh zu verhindern, daß Kinder und Jugendliche in die Kriminalität abrutschen.

## Eltern

Die Eltern haben in dieser Hinsicht eine zentrale Rolle. Sie haben die primäre Verantwortung für ihre Kinder, und sie sind wahrscheinlich das beste präventive Mittel der Gesellschaft, weil sie die Möglichkeit haben, ihren Kindern eine gute soziale Entwicklung zu ermöglichen. Die Forschung zeigt auch, daß der Kontakt der Eltern zu ihren Kindern, der Einblick in ihr Leben und ihre gefühlsmäßige Relation und Kommunikation von entscheidender Bedeutung auch aus einer präventiven Perspektive ist.

Aber die Verantwortung für die Kinder sollte nicht bei der eigenen Familie aufhören. Deshalb haben auch die gesellschaftlichen Institutionen eine Verantwortung dafür, daß Kinder und Jugendliche in guten Verhältnissen aufwachsen können.

Es wurde festgestellt, daß bestimmte Faktoren Risikofaktoren für eine kriminelle Entwicklung darstellen. Für die meisten, die auf eine solche Weise als Risikoindividuen ausgewiesen wurden, ist die Prognose für ein normales, gesetzestreuendes Leben trotz allem recht positiv.

Frühe Bemühungen, eine kriminelle Entwicklung zu verhindern, sollten deshalb auf generelle Maßnahmen gegen die Bedingungen gerichtet sein, die ungünstig für einen guten Start ins Leben sind.

Im Rahmen für solche generellen Maßnahmen - die z.B. auf das Wohnen in einer gewissen Gegend gerichtet sein können - sollten die Kinder, die früh Problemverhalten

aufweisen oder deren Eltern es sehr schwer haben, ihre Erzieherrolle zu erfüllen, besondere Beachtung finden.

Die Gesellschaft sollte schnell mit deutlichen, konkreten und konsequenten Maßnahmen eingreifen, wenn Jugendliche kriminelle Handlungen begehen. Der Schwerpunkt dieser Arbeit liegt - und so wird es auch in Zukunft sein - außerhalb des Rechtswesens und soll im wesentlichen in die Zuständigkeit der Sozialbehörden fallen, soweit er Jugendliche unter 15 Jahren betrifft.

#### Frühzeitige Maßnahmen

Diese Arbeit soll sich besonders mit dem Bedarf an frühzeitigen Maßnahmen beschäftigen, d.h. mit solchen, die sich an Kinder und Jugendliche in Risikosituationen und Risikosituationen richten mit dem Ziel, eine ungünstige Entwicklung zu verhindern oder auf jeden Fall zu begrenzen.

Die Sozialbehörden sollten deshalb die Arbeit mit der Entwicklung von Methoden für die Betreuung von Kindern, die durch eine kriminelle Entwicklung auffallen, intensivieren.

Auf diese Weise wird die Zahl der Personen verringert, die während eines längeren Zeitraums in ihrem Leben schwere Verbrechen begehen. Solche Strategien beinhalten sowohl soziale Maßnahmen - u.a. solche, die Eltern in ihrer erzieherischen Rolle unterstützen und ihnen helfen - sowie situative Maßnahmen, die Verbrechen schwieriger, risikoreicher und weniger ertragreich machen.

Die Hauptinteressenten dieser Arbeit sind viele, von denen Eltern, Schule, Sozialbehörden und Polizei zu den wichtigeren gehören. Aber auch viele andere, wie die private Wirtschaft, Restaurantbesitzer, Wohnungsgesellschaften, Gewerkschaften, Versicherungsgesellschaften, Volksbewegungen, die Kirche, und nicht zuletzt alle freiwilligen Organisationen und Einzelpersonen können entscheidende Bedeutung für die präventive Arbeit haben.

## **Die kriminelle Aktivität der rückfälligen Verbrecher reduzieren**

Die Perspektive verändert sich, wenn es darum geht, der Kriminalität vorzubeugen, die von *den ständig rückfälligen Verbrechern* ausgeübt wird. Vielen von denen, die aktiv in traditioneller Kriminalität sind, ist gemeinsam, daß sie so gut wie ständig unter irgendeiner Form von Vollzug oder Betreuung sind, normalerweise Strafvollzug. Eine präventive Strategie, die das Ziel hat, eine weitere kriminelle Entwicklung dieser Gruppe zu verhindern, kann und sollte diese Tatsache zu ihrem Ausgangspunkt machen.

Die Verurteilten beeinflussen

Eine der wichtigsten Aufgaben des Strafvollzugs ist es, die Verurteilten dahingehend zu beeinflussen, daß sie nicht rückfällig werden.

Lokal ist der Strafvollzug in Freiheit<sup>1</sup> dafür verantwortlich, daß dies auf die beste Weise geschieht. Der Strafvollzug in Freiheit sollte die Zusammenarbeit mit anderen lokalen Akteuren, besonders den Sozialbehörden und den lokalen Polizeiorganisationen, intensivieren.

Es ist wichtig, daß die Behörden ein gemeinsames Verständnis von der Betreuung Gewohnheitskrimineller haben, und daß der Informations- und Wissensaustausch zwischen den Behörden verbessert wird. Eine Kombination von konstruktiven Bemühungen in Form von Ausbildung, Arbeit und Betreuung gegen Mißbrauch und eine offensive Polizeiarbeit mit Dokumentation, Überwachung und häufigen Einsätzen gegen die kriminell Aktivsten kann die Kriminalität verringern.

### **Maßnahmen auf drei Ebenen**

Die richtige Maßnahme am richtigen Ort. Für die präventive und verbrechensbekämpfende Arbeit steht eine Vielzahl von Maßnahmen zur Verfügung. Grundsätzlich existieren Maßnahmen auf drei Ebenen.

- *Erstens* mit erhöhter Aufmerksamkeit beobachten, wie die gesellschaftliche Entwicklung im großen und ganzen sowie politische Entscheidungen in anderen Bereichen als dem kriminalpolitischen die Kriminalität beeinflußt. Welche Konsequenzen z.B. unterschiedliche Entscheidungen und Maßnahmen in den Bereichen Schule, Kinder und Jugendliche, Ausbildung und Arbeitsmarkt für die Kriminalität

---

<sup>1</sup> Hier könnte u.a. die „Elektronische Überwachung“ (vgl. S. 40) gemeint sein (Anm. d. BKA)

haben. Durch strukturverändernde Maßnahmen können wir die Anzahl der Gelegenheiten für Verbrechen und das Vorkommen ungeeigneter Umgebungen sowohl sozial als auch rein physisch verringern. Hier besteht eine beträchtliche Verantwortung, die sowohl von Vertretern der Wirtschaft als auch von einzelnen Betrieben und politischen Entscheidungsträgern auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene wahrgenommen werden muß. Konkret sind hier eine Reihe Maßnahmen erforderlich, von der Herstellung diebstahlsicherer Autos bis zu Städteplanung und Wohnungspolitik. Solche Maßnahmen werden in Kapitel III beschrieben.

- Zweitens gilt es, die Gesetzgebung und die Arbeit der Behörden im kriminalpolitischen Bereich weiterzuentwickeln und effektiver zu gestalten, durch strafrechtliche Gesetzgebung und Bemühungen der für die Rechtspflege zuständigen Behörden sowie z.B. Maßnahmen in der Schule und in den Sozialbehörden. Maßnahmen in diesem Bereich werden in Kapitel IV beschrieben.
- Drittens ist es wichtig, die private Initiative in der präventiven Arbeit vor allem auf lokaler Ebene zu nutzen. Das kann vorzugsweise durch Zusammenarbeit von Behörden und Bürgerinteressen geschehen: Unterstützung bei persönlichem präventiven Engagement wie z.B. Grannsamverkan mot brott ("Nachbarn gegen Kriminalität", eine nachbarschaftliche Interessenvereinigung in Schweden, Anm. d. Übers.), Föräldrar på Stan ("Eltern in der Stadt", eine Interessengemeinschaft schwedischer Eltern, Anm. d. Übers.), Guardian Angels oder technischem Schutz gegen Verbrechen und Information über Maßnahmen zur Verringerung der Gelegenheiten für Verbrechen sowie reparativen Maßnahmen in Form von Zusammenarbeit von Bürgerinitiativen, Polizei und Sozialbehörden. Das können z.B. Notdienste für Frauen und Verbrechenopfer sein oder Vertrauenspersonen und Frauenhäuser. Maßnahmen dieser Art werden in Kapitel V beschrieben.

# III      **Perspektiven der Prävention in der Gesellschaftspolitik**

## **Vorschläge für Maßnahmen**

Die Zahl der Gelegenheiten für Verbrechen hat seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs und als direkte Folge der industriellen Entwicklung in vielerlei Hinsicht dramatisch zugenommen.

Ein Beispiel ist die gestiegene Zahl der Autos und die Tatsache, daß Diebstähle von und aus Autos generell proportional mit der Zahl der Autos zugenommen hat.

Ein anderes Beispiel ist die veränderte Struktur im Einzelhandel. Diebstahl in Kaufhäusern und Geschäften, der heute ein großes Problem darstellt, war in der Verbrechensstatistik vor der Einführung des Selbstbedienungssystems eine seltene Erscheinung.

Ein drittes Beispiel sind die neuen Zahlungsmittel, die auch eine Vielzahl neuer Gelegenheiten zum Betrug mit sich gebracht haben. Der Scheckbetrug in den sechziger Jahren und der Kreditkartenbetrug zwanzig Jahre später. Gelegenheiten zum Verbrechen werden auch durch neue Regel- und Beihilfesysteme im öffentlichen Sektor geschaffen, wie z.B. durch Wohngeld, Krankenversicherung und Arbeitslosengeld an Einzelpersonen oder unterschiedliche Zuwendungen an Betriebe und Organisationen.

### **Die präventive Perspektive**

Während der letzten Jahrzehnte sind wir uns in immer höherem Grad auch der negativen Konsequenzen bewußt geworden, die die Verwandlung der schwedischen Gesellschaft zu einem hochindustrialisierten

Wohlfahrtsstaat in der Nachkriegszeit mit sich gebracht hat. Die Beseitigung von Mängeln im physischen Milieu, Arbeitsmilieu und Wohnungsmilieu steht seit zwanzig Jahren auf der politischen Tagesordnung.

Durch politische Arbeit, Gesetzgebung, verschiedene Maßnahmen der Behörden und - nicht zuletzt - freiwillige Bemühungen seitens der Wirtschaft haben wir versucht, diese Probleme zu lösen.

Vorbeugung  
ist billiger

Diese Arbeit hat oft einen vorbeugenden Charakter, der auf der Einsicht begründet ist, daß es billiger ist, Umweltschäden, Krankheiten, Unfällen und Bränden vorzubeugen, als den bereits entstandenen Schaden zu reparieren. Häufig angewendete wirtschaftliche Anreize sowie umweltfreundliche Waren und Dienstleistungen sind heute erfolgreiche und einträgliche Geschäftsideen.

Dieser vorbeugende Gedanke hat jedoch nicht immer Durchschlagskraft bei Maßnahmen gegen Kriminalität gehabt. Das ist auffällig, weil es wenige Bereiche gibt, wo unterschiedliche gesellschaftliche Veränderungen - und nicht zuletzt solche, die Resultat der Industrialisierung sind - so deutlich zu beobachten sind wie gerade in Entwicklung und Struktur der Kriminalität. Wir müssen leider konstatieren, daß wir in diesem Zusammenhang der präventiven Perspektive nicht genug Beachtung geschenkt haben.

Zu leicht,  
Verbrechen  
zu begehen

Allein die vier oben genannten Beispiele von Autos, Einzelhandel, Zahlungsmittel und dem System der Beihilfe machen ca. 40 Prozent der gesamten Kriminalität aus. Die kriminalpolitische Strategie sollte in diesem Zusammenhang dieser Kriminalität durch Veränderung der Situationen und Umstände, die für Verbrechen genutzt werden, vorbeugen. Heute werden viele Verbrechen deshalb begangen, weil ihre Durchführung allzu leicht ist. Es muß also schwieriger, weniger lohnend und risikoreicher gemacht werden, Verbrechen zu begehen.

Es gibt schwerwiegende Gründe, die dafür sprechen, daß höhere Ansprüche an jene gestellt werden müssen, die die Gelegenheiten für Verbrechen schaffen, genauso wie es seit langem praktiziert wird, um Umweltschäden, Verkehrsunfällen, Schäden durch Alkohol, Bränden etc. vorzubeugen.

Es ist ebenfalls selbstverständlich, daß die Hauptverantwortung für diese Arbeit bei den politischen Entscheidungsträgern liegt und bei den Wirtschaftszweigen, die durch ihre Behörden, Organisationen und einzelnen Betriebe auf unterschiedlichen Ebenen die zugrundeliegenden Strukturen aufbauen, gestalten und steuern, obwohl ihre Motive selbstverständlich ganz andere sind, als Gelegenheiten für Verbrechen zu schaffen.

Unser verbessertes Wissen über diese Probleme muß in politisches Handeln und praktische Arbeit umgesetzt werden, und zwar auf eine ganz andere Weise als bisher.



## Beispiel Autos

Ein anschauliches Beispiel ist das Auto. Daß das Auto einen notwendigen Teil der modernen schwedischen Gesellschaft darstellt, muß kaum erwähnt werden. Ohne Auto würde das heutige Schweden still stehen. Das Auto macht einen wesentlichen Teil unserer allgemeinen Lebensqualität aus und verbessert und erleichtert in der Regel unser Leben.

Gleichzeitig haben wir seit langem und auf verschiedene Arten versucht, die negativen Folgen der wachsenden Zahl von Autos zu verringern. In erster Hand ging es darum, die Konsequenzen der Abgase für die Umwelt zu begrenzen und Unfällen, die der Autoverkehr mit sich bringt, vorzubeugen. Das ist durch eine Kombination aus technischen Maßnahmen und höheren Ansprüchen an die Autofahrer geschehen. Maßnahmen, die sicherlich sehr effektiv waren. Nie zuvor sind so sichere Autos hergestellt worden wie heute, und ihre Sicherheit wird durch regelmäßige Inspektionen kontrolliert. Als Resultat von Gesetzgebung und anderen Maßnahmen sind sie umweltfreundlicher geworden. Sie verbrauchen weniger Benzin als früher und stoßen weniger Abgase aus. Im Straßenbau werden jedes Jahr große Investitionen getätigt, um verkehrssichere Straßen zu bauen und zu unterhalten, und ständig werden die Ansprüche an Gesundheit, Alkoholabstänze und theoretisches Wissen der Fahrer größer.

Man muß jedoch leider konstatieren, daß der präventiven Arbeit in Hinsicht auf Kriminalität, die im Zusammenhang mit dem Auto steht, nicht die gleiche Aufmerksamkeit gegolten hat. Mit Rücksicht auf die technische Entwicklung sind unsere Autos noch immer unerklärlich leicht zu stehlen oder auf andere Weise anzugreifen. Ein Auto aufzubrechen, kurzzuschließen und damit wegzufahren ist für Profis in wenigen Minuten erledigt, und erfordert nicht viel technisches Wissen oder Hilfsmittel.

Selbstverständlich ist die nötigste Technologie, um das Auto diebstahlssicherer zu machen, bereits vorhanden. Es ist folglich schon heute möglich, nicht nur dem Diebstahl von Autos vorzubeugen, sondern auch auf rein technischem Weg zu verhindern, daß sie von betrunkenen Fahrern gesteuert werden.

Daß auf diesem Gebiet vieles möglich ist, beweisen z.B. kürzlich durchgeführte Versuche mit neuen Anzeigeverfahren bei Diebstählen aus und Sachbeschädigungen an Autos. Statt wie früher nur den Schaden der Polizei anzeigen zu müssen, wurde gefordert, daß der Eigentümer des Autos das Fahrzeug bei einer gesonderten Inspektion vorstellen mußte. Diese Inspektion wurde von Polizei und Versicherungsgesellschaft gemeinsam durchgeführt. Als Ergebnis dieses Verfahrens ging die durchschnittliche Höhe des Schadens deutlich zurück, ebenso der Versicherungsbetrag, zum Nutzen des Kollektivs und der Majorität der Versicherten. Das Verfahren gibt auch die Möglichkeit, präventiv zu informieren, und läßt hoffen, daß man das eigene Fahrzeug besser im Auge behält.

Beispiel  
Zahlungsmittel

Zahlungsmittel wie Schecks und Kreditkarten sowie das in letzter Zeit computergestützte System mit der Möglichkeit eigener Überweisungen und automatisierter Zahlungsverfahren hat sicherlich den Bankalltag für viele von uns erleichtert. Der gesunkene Bedarf an Bargeld hat auch positive vorbeugende Effekte auf bestimmte Arten von Kriminalität gehabt. Wenn sich diese Entwicklung fortsetzt, sollte z.B. die Basis für traditionelle Raubdelikte in Zukunft sehr klein werden.

Leider haben die neuen Zahlungsmittel auch neuer Kriminalität Vorschub geleistet, obwohl die Möglichkeiten, solchen Gelegenheiten zum Verbrechen vorzubeugen, in der Regel sehr gut sind. Ein signifikantes und konkretes Beispiel dafür sind die Maßnahmen, die 1971 eingeführt worden sind, um die Zahl der Delikte im Rahmen des Scheckbetrugs zu senken. Die Voraussetzung für diese Kriminalität war die sogenannte Bankgarantie, die bedeutete, daß der, der einen falschen Scheck entgegennahm, von der Bank bis zu einem Betrag von 300 Kronen (heute ein paar Tausend Kronen) Ersatz erhielt, ohne einen Ausweis vorlegen zu müssen. Nach Diskussionen zwischen Vertretern von Handel und Banken einigte man sich jedoch darauf, die Bankgarantie abzuschaffen und auf diese Weise die wirtschaftliche Verantwortung auf den zu übertragen, der den Scheck entgegennimmt. Das führte wiederum zu einer deutlichen Verschärfung der Kontrollen u.a. im Einzelhandel, und im Laufe eines Jahres gingen die angezeigten Verbrechen um 85 Prozent zurück. Eine einfache Strukturveränderung beugte auf diese Weise fast der gesamten ehemaligen Kriminalität vor.

Die Möglichkeiten in der heutigen schwedischen Gesellschaft, dieser Art von Kriminalität vorzubeugen, sind sehr gut. Das ist hauptsächlich ein Resultat des computergestützten Rechenschaftssystems, das der wirtschaftlichen Handhabung zugrunde liegt. Im großen und ganzen hat die gesamte Praxis, die wirtschaftlicher und mit dem System zusammenhängender Kriminalität ausgesetzt ist, eingebaute Kontrollmöglichkeiten.

### **Die präventive Rolle der Wirtschaft**

Die Wirtschaft hat sicherlich eine große Verantwortung dafür, Angriffen auf das eigene System oder die Waren vorzubeugen. Das Wissen um die Effektivität von vorbeugenden Maßnahmen hat in letzter Zeit zugenommen, und in Teilen der Wirtschaft führt man bereits umfangreiche präventive Maßnahmen durch.

Im Post- und Banksystem führt man seit mehr als 20 Jahren umfangreiche Maßnahmen durch, um sich gegen Raubüberfälle zu schützen. Teils dadurch, daß ein technischer Schutz aufgebaut wurde, teils durch Ausbildung des Personals und Information der Kunden. Während der letzten zwei Jahre sind Post- und Bankraubüberfälle deutlich zurückgegangen, und vieles spricht dafür, daß ein Teil dieses Rückgangs genau auf den Maßnahmen beruht, die man selbst getroffen hat.

Der Verband der Kaufleute betreibt seit mehreren Jahren und in Zusammenarbeit mit Polizei und Versicherungsgesellschaften eine umfangreiche Prävention, mit deren Hilfe man durch Information und technische Maßnahmen versucht, Einkaufszentren, Warenhäuser und Geschäfte vor Raubüberfällen und Diebstahl zu schützen.

Es sollte völlig selbstverständlich sein, daß der, der ein bestimmtes Produkt oder eine Dienstleistung herstellt und vermarktet oder auf eine andere Weise dafür verantwortlich ist, wie es bei vielen Behörden der Fall ist, auch einen wesentlichen Teil der Verantwortung dafür trägt, daß dies nicht zu Kriminalität oder anderen Problemen führt. In der Wirtschaft existiert ein großes Interesse daran und der Wille, präventiv zu arbeiten, vor allem durch die veränderte Gestaltung von Waren und Dienstleistungen, um Kriminalität vorzubeugen.

Verhandlungen  
mit der  
Wirtschaft

Das Wissen um die Bedeutung der Wirtschaft und bestimmter Teile des öffentlichen Sektors für die Gelegenheitsstruktur von Verbrechen muß verbessert werden. Das kann sowohl auf zentraler wie auf lokaler Ebene geschehen. Um das Verantwortungsbewußtsein verschiedener Branchen zu verbessern, wird die Regierung Vertreter für verschiedene Bereiche der Wirtschaft zu Beratungsgesprächen über präventive Maßnahmen einladen. Einigkeit von Betrieben, Organisationen und Vertretern verschiedener Behörden in solchen Fragen sollte ebenfalls ein zentraler Teil der lokalen präventiven Arbeit sein. Es sollte z.B. selbstverständlich sein, daß:

- Wohnungsgesellschaften und andere Wohnungseigentümer dem Risiko für Einbruch, Diebstahl und Sachbeschädigung in Wohnungen, Garagen, Kellern und Dachböden durch eine Kombination von technischen Maßnahmen, Wartung und erhöhter Aufmerksamkeit entgegenwirken,
- Gaststätten und die Vergnügungsindustrie u.a. durch erhöhte und flexiblere Aufrechterhaltung der Ordnung das Risiko für Gewalt und Störungen der öffentlichen Ordnung im Zusammenhang mit verschiedenen Freizeit- und Vergnügungsangeboten senken,
- Autohersteller durch technische Maßnahmen das Risiko für Entwendungen von Autos, Diebstählen von und aus Autos, Alkohol am Steuer und andere schwere Verkehrsdelikte mindern
- der Groß- und Einzelhandel das Risiko für Diebstahl und Ladendiebstahl senken durch eine Vermeidung von ungeeigneter Ausstellung von bestimmten Warenarten, und auch Sorge dafür trägt, daß heikle Produkte nicht vermarktet werden oder in die Hände ungeeigneter Verbraucher geraten, sowie
- die Versicherungsgesellschaften durch bestimmte Prämiensysteme die Versicherungsnehmer dahingehend beeinflussen, daß sie sich selbst besser gegen Verbrechen schützen. Die Gesellschaften sollten ihre Anstrengungen für die Verbesserung der Schadenskontrolle intensivieren und bereit sein, z.B. Fragen der Schadensregulierung und des Informationsaustausches unter den Gesellschaften zu revidieren.

## **Die präventive Perspektive in der öffentlichen Arbeit**

Einen wesentlichen Teil der Verantwortung für die negativen Konsequenzen der oben beschriebenen gesellschaftlichen Entwicklung tragen sicherlich der schwedische Reichstag, die Regierung und andere politische Entscheidungsträger sowohl auf zentraler wie auf regionaler und lokaler Ebene, sowie verschiedene Behörden und andere Vertreter des öffentlichen Sektors.

Der schwedische Reichstag, die Regierung und die Behörden haben also eine besondere Pflicht, die Konsequenzen vom Gesichtspunkt der Kriminalität aus zu beachten, wenn neue oder geänderte Regelungen und Aktivitäten im öffentlichen Sektor eingeführt werden. Sie sollten mit gutem Beispiel bei der Entwicklung von Methoden vorangehen, mit deren Hilfe die Konsequenzen von Kriminalität, die mit den Regelungen oder dem System in Zusammenhang stehen, analysiert werden können und die zur Vorbeugung beitragen.

Zentrale  
Direktiven

Die Regierung hat daher beschlossen, zentrale Direktiven für Komitees und spezielle Untersuchungsausschüsse zu erlassen, mit dem Ziel, präventiven Fagen in der Untersuchungsarbeit erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken. Eventuelle Wirkungen auf die Kriminalität sollen analysiert werden und in die verschiedenen Vorschläge der Untersuchungsausschüsse eingehen. Wenn das aufgrund des Auftrags- oder Themencharakters nicht möglich ist, soll dieses angegeben und begründet werden.

### **Wohnumfeld**

Die schnelle Industrialisierung hat auch eine zunehmende Urbanisierung mit sich gebracht. Der geographische Abstand zwischen Wohnung und Arbeit sowie die Mobilität der Menschen allgemein hat zugenommen. Eine direkte Folge davon ist, daß die Voraussetzungen für die informelle soziale Kontrolle drastisch zurückgegangen sind. Lehrer oder Angestellte in den Geschäften, in denen wir einkaufen z.B. sind heutzutage meistens nicht unsere Nachbarn. Mehr als einhunderttausend Hausmeister sind von elektronischen Codeschlössern und durch Telefonnummern der Immobiliengesellschaft und der Reinigungsfirma ersetzt worden.

Die soziale Kontrolle, die darauf basierte, daß man einander aufgrund des täglichen Umgangs kannte, ist zurückgegangen, die Anonymität hat zugenommen. Die Zahl der "wachsamen Augen" - die aus Besorgnis um die allgemeine, lokale Wohlfahrt über das Dasein wachten - ist sicherlich in der heutigen schwedischen Wirtschaftsgesellschaft zurückgegangen.

Als die neuen Städte und Vororte in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts gebaut wurden, setzten sich materielle und wirtschaftliche Überlegungen immer mehr durch. Die Ambition bestand darin, den großen Wohnungsmangel schnell zu beseitigen, größere Wohnungen mit besserem technischen Standard zu bauen und dafür zu sorgen, daß Einkaufszentren, Schulen und Verkehrsanbindungen in der Nähe der Wohnung lagen.

Heute können wir jedoch konstatieren, daß wir in der Praxis gleichzeitig die soziale Kontrolle beseitigten, die aus den alltäglichen und gewohnheitsmäßigen Aktivitäten der Menschen resultierte, z.B. die wachsame ältere Dame, die Anderssonskans Kalle und seine Kameraden im Auge behielt, die nun aber niemanden mehr sehen kann, den sie wiedererkennt. Das Gefühl der Integration in soziale Gemeinschaft und das Gefühl, in "seiner" Gegend zu wohnen, verschwand vielerorts.

## Soziale Planung

Unsere Erfahrungen und die Forschung zeigen jedoch, daß wir durch eine sorgfältige soziale Planung unserer unmittelbaren Umgebung viele negative Effekte der Urbanisierung hätten vermeiden können und u.a. das Risiko für Gewalt, Diebstahl, Sachbeschädigung und andere soziale Störfaktoren in unserem Wohnungsumfeld hätten mindern können.

Die Erfahrung zeigt auch, daß solche von Anfang an sozial geplanten Umgebungen attraktivere Wohngebiete sind, was wiederum dazu führt, daß mehr Leute integriert werden und sich für die Umwelt und das tägliche Leben in der Wohngegend einsetzen. Letztlich geht es um eine zielstrebige Gestaltung von einzelnen Grundstücken und Gebäuden, ihr Verhältnis zueinander und zur Umgebung.

Viele dieser Maßnahmen sind technischer Natur, aber wenn man nach langfristigen Erfolgen strebt, geht es nicht nur darum, so zu bauen, daß Kriminalität erschwert wird (z.B. mit Schlössern und anderer sogenannter technischer Verbrechensprävention) - etwas, das langfristig auch zu negativen Konsequenzen führen kann -, sondern auch darum, Sichtkontakt und Nähe zwischen den Bewohnern zu verbessern und dadurch auch das Risiko zu vergrößern, bei Verbrechen erwischt zu werden.

Vieles spricht auch dafür, daß die Gegend, in der Menschen wohnen und sich den ganzen Tag aufhalten, ein größeres Gefühl von Sicherheit gibt und zu verringerter Kriminalität führt. Im wesentlichen und in technischer Hinsicht ist das eine Frage der Funktionsplanung.

Deshalb ist es wünschenswert, daß man gleichförmige oder getrennte Wohn- und Arbeitsbereiche vermeidet und statt dessen danach strebt, verschiedene Wohnformen und Arbeitsbereiche zu kombinieren, die eine abwechslungsreichere soziale Zusammensetzung der Bewohner bewirkt. Weiterhin sollte man verschiedene Funktionen und Unternehmen kombinieren - Wohnungen, Arbeitsplätze, Geschäfte und andere Dienstleistungen - um vielseitige Bereiche zu schaffen, in denen zu verschiedenen Tages- und Nachtzeiten Aktivität herrscht.

#### EU-Projekt

Bei der Planung neuer Wohngebiete (und bei Um- und Anbauten in bereits erschlossenen Gebieten) sollten deshalb präventiven und allgemein sicherheitsschaffenden Aspekten größere Bedeutung beigemessen werden, als das bisher der Fall war. Durch die Planung von Nähe, Sichtkontakt und Integration in der lokalen Umgebung nehmen die Möglichkeiten zu, Kriminalität zu senken und Sicherheit zu erhöhen.

Ein interessantes Projekt in diesem Zusammenhang, das momentan innerhalb der EU diskutiert wird, ist eine eventuelle zukünftige Vereinbarung zwischen den EU-Mitgliedern über eine Sicherheitskennzeichnung von Wohngebieten, Wohnhäusern und Wohnungen. Die Arbeit hat zum Ziel, einen gemeinsamen europäischen Standard in dieser Frage zu schaffen.

Die Regierung wird die Baubehörde damit beauftragen, das Wissen um den Einfluß von Bauplänen und die Gestaltung einzelner Gebäude auf die Kriminalität zusammenzutragen sowie dafür Sorge zu tragen, daß präventive Aspekte in die Entscheidungsgrundlage sowohl bei der Planung neuer Gebiete als auch bei der Veränderung älterer Gebiete mit einbezogen werden.

Die Erfahrungen und das zusammengetragene Wissen sollen fortlaufend an Gemeinden, Bauunternehmen, Wohnungsgesellschaften und alle in Wohnungsplanung und Bauen Involvierte weitergegeben werden.

### **Arbeit in benachteiligten Wohngebieten**

In den letzten Jahren hat die Segregation von Bewohnern besonders in bestimmten Randgebieten unserer größeren Städte zugenommen. Die Erfahrung zeigt, daß die Einwohner der sogenannten Millionenprogrammgebiete schlechtere Voraussetzungen haben, aus verschiedenen Vorteilen der Wohlstandsgesellschaft Nutzen zu ziehen. Die Segregationstendenzen können auf mehreren und manchmal sich überlappenden Ebenen beobachtet werden: zwischen arm und reich, zwischen jung und alt, zwischen Einwanderern und Schweden.

Menschen, die es aus verschiedenen Gründen schwer haben, wohnen auch öfter in Wohngebieten mit schlechteren Umweltbedingungen. In diesen Gebieten ziehen die Menschen auch bedeutend öfter um, was eventuellen Versuchen, ein Gefühl von Integration und sozialer Kontrolle zu schaffen, sehr entgegenwirkt.

Diese Konzentration von sozial benachteiligten Haushalten und Individuen ist ein Sprungbrett für Kriminalität und andere soziale Probleme.

So weit es möglich ist, muß diesem Prozeß, der zu Isolierung, Schattendasein, sozialen Problemen und Kriminalität in diesen Gebieten führt, entgegengewirkt werden. Wir müssen Methoden entwickeln zur Vermeidung von Wohngebieten mit einer Bevölkerungszusammensetzung, die die Segregationstendenzen aufweist.

Zur Zeit werden beträchtliche Summen investiert, um bessere Voraussetzungen für die Bewohner bestimmter Wohngebiete in Großstädten zu schaffen. 1990 wurden 30 Millionen Kronen für Projekte zur Koordination der Arbeit für benachteiligte Jugendliche in Wohngebieten mit sozialen Problemen - die sogenannten Plus-Projekte - veranschlagt. Kürzlich wurden 125 Millionen Kronen für die Unterstützung von lokalen Initiativen in Gebieten mit vielen Einwanderern bereitgestellt mit dem



langfristigen Ziel, die Möglichkeiten der Einwanderer auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern.

Die Investition der Regierung in Wohngebieten mit vielen Einwanderern wird fortgesetzt. Die Plus-Projekte werden ebenso die lokalen präventiven Projekte für Zusammenarbeit in einigen mittelgroßen Gemeinden unterstützen, wo Interesse und Voraussetzungen für die Umsetzung der Erfahrungen existieren, die bisher in diesen Projekten gewonnen wurden.

Aber solche speziellen Projekte reichen nicht aus. Das Bewußtsein, daß die gemeinsamen Mittel dort eingesetzt werden müssen, wo sie am dringendsten benötigt werden, muß sich vermehrt durchsetzen. Es ist also völlig selbstverständlich, daß bei der Verteilung der gesellschaftlichen Mittel ein größerer Teil den Gebieten zukommen muß, die speziellen Bedarf an Schulen, sozialem Service oder z.B. Polizeieinsätzen haben.

### **Forschungsbedarf**

Die Kriminalpolitik muß sich auf Wissen und Realismus gründen. Die Erforschung der realen Gegebenheiten und der Funktion verschiedener Arten der Vorbeugung und Verfolgung von Verbrechen ist wichtig. Es darf jedoch kein Hindernis für unmittelbare Maßnahmen sein, daß das Wissen verbessert werden muß. Durch die Anwendung des Wissens, das bereits existiert, wird zusätzliches Wissen gewonnen. Gleichzeitig soll natürlich weiterhin in verschiedene Forschungs- und Entwicklungsprojekte investiert werden, sowohl zentral als auch lokal. Von großer Bedeutung ist, daß die getroffenen Maßnahmen ausgewertet werden.

Solche Projekte können Gestaltung, Durchführung und Auswertung von Maßnahmen in den drei zentralen Problemgebieten der Verbrechensprävention bezwecken: Gelegenheitsverbrechen vorzubeugen, die kriminelle Laufbahn zu verhindern und die kriminelle Aktivität ständig rückfälliger Verbrecher zu verringern.

Besonders bei der sozialen Prävention, d.h. den Faktoren, die das Risiko beeinflussen, einen kriminellen Lebensstil zu entwickeln und die Maßnahmen, die ergriffen werden können, um einer solchen Entwicklung auf längere Sicht entgegenzuwirken, gibt es Wissenslücken, die beseitigt werden müssen.

Weiterhin ist es von Interesse, Forschungs- und Entwicklungsarbeit zu initiieren und zu unterstützen, besonders bei Methoden, sozial und wirtschaftlich schwache Familien für die präventive Arbeit zu gewinnen, sowie bei Methoden, präventive Programme in sozial instabilen Wohngebieten erfolgreich einzuführen und durchzuführen.

Weil es in großem Umfang Veränderungen innerhalb anderer gesellschaftlicher Sektoren als im Rechtswesen

sind, die die Kriminalität beeinflussen, sollte bei der Erforschung z.B. von Gesundheitswesen, Schule, Kinder und Jugendliche, gesellschaftliche Planung, Verkehr und Umwelt auch beachtet werden, wie verschiedene Umstände die Kriminalität beeinflussen.

## **IV**

# **Die öffentliche Verantwortung in der Kriminalpolitik**

## **Vorschläge für Maßnahmen**

Der Schwerpunkt in der präventiven Arbeit muß auf lokaler Ebene liegen, dort, wo die Probleme existieren. Dieser Umstand soll jedoch nicht vergessen lassen, daß die Staatsgewalt die übergeordnete Verantwortung für die kriminalpolitischen Instrumente hat. Es ist im Gegenteil eine wichtige Aufgabe der Regierung und des schwedischen Reichstags, dafür zu sorgen, daß die lokale Arbeit unter optimalen Voraussetzungen erfdgen kann, mit erforderlichen Mitteln und effektiven Maßnahmen.

In diesem Abschnitt wird von der übergeordneten Arbeit berichtet, die sich zur Zeit damit beschäftigt, die Gesetzgebung und die Arbeit der Behörden weiterzuentwickeln, damit sie dem präventiven Ziel dienen.

### **Die Arbeit der Gesetzgebung**

Wie oben erwähnt hat die Staatsgewalt eine besondere Verantwortung für die Beachtung der Konsequenzen auch vom Gesichtspunkt der Kriminalität aus, wenn neue Regelungen oder Veränderungen geltender Systeme beschlossen werden. Dieser Aspekt gilt natürlich besonders stark für die Arbeit der Gesetzgebung im schwedischen Reichstag. Weil komplizierte und uneindeutige Regelungen oft für verbrecherische Zwecke mißbraucht werden, muß die Gesetzgebung klar und eindeutig sein. Auf die gleiche Weise muß man bei der Gestaltung neuer Beihilfesysteme dafür sorgen, daß sie nicht zu Betrug oder anderem Mißbrauch führen.

Die Staatsgewalt hat natürlich auch die Verantwortung, bei der Gestaltung der Gesetzgebung dafür zu sorgen, daß sie die Instrumente zur Verfügung stellt, die u.a. die Behörden zur Verbrechensbekämpfung benötigen.

Reformierung des  
Strafverfolgungs-  
systems

Das Strafsystem spielt selbstverständlich eine bedeutende Rolle für die Verbrechensprävention. Aufbau und Inhalt des strafrechtlichen Verfolgungssystems sind kürzlich von einem parlamentarischen Komitee - dem Strafsystemkomitee - überprüft worden. Das Komitee hat eine durchgreifende Veränderung des Strafverfolgungssystems vorgeschlagen.

Weil die Gefängnisstrafe sich nicht als besonders erfolgreich erwiesen hat, wenn es darum geht, von Verbrechen abzuschrecken oder dem Rückfall in das Verbrechen vorzubeugen, sollten Alternativen zum Gefängnis entwickelt werden. Die Arbeit, die auf diesem Gebiet eingeleitet worden ist, ist deshalb wichtig für aktuelle Ausgangspunkte. Ein zentrales Thema in dieser Entwicklungsarbeit ist die Entwicklung überzeugender Alternativen zur Gefängnisstrafe, von Einschließung in einer Anstalt bis zu weniger destruktiven und kostenintensiven Formen. Das gilt nicht zuletzt für die in unserem Land üblichen kurzen Gefängnisstrafen. In solchen Fällen können andere Formen von Freiheitsstrafe für den präventiven Zweck gesellschaftlichen Eingreifens angebracht sein.

Elektronische  
Überwachung

Bei der Entwicklung von Alternativen zum Gefängnis sollten die Versuche elektronischer Überwachung genannt werden. Die bisherigen Erfahrungen zeigen bereits, daß eine intensive Überwachung mit elektronischer Kontrolle es ermöglicht, eine weitgehende Freiheitseinschränkung aufrechtzuerhalten, ohne den Verurteilten in einer Anstalt unterzubringen.

Auf dem Hintergrund u.a. der positiven Anlaufphase der Versuche und des Interesses an der Entwicklung von Alternativen zur Freiheitsstrafe ist eine Fortsetzung und Ausweitung der Versuche beschlossen worden. Die Versuche werden ab 01.01.1997 auf das ganze Land ausgedehnt und auf Gefängnisstrafen von höchstens drei Monaten beschränkt.

Junge  
Gesetzesbrecher

Die Erfahrung zeigt, daß es schwieriger wird, ein kriminelles Muster zu durchbrechen, je länger eine Person einen solchen Lebensstil geführt hat. Deshalb sind Bemühungen, die auf junge Leute zielen, von zentraler Bedeutung in der präventiven Arbeit. Ein wichtiger Bestandteil dieser Arbeit ist natürlich, daß die Gesellschaft mit adäquaten Maßnahmen reagiert, wenn Jugendliche Verbrechen begehen.

Das Strafverfolgungssystem für junge Gesetzesbrecher wird im Moment überprüft. Die Arbeit

geht von den Vorschlägen des Komitees für Jugendkriminalität aus, wie die Gesellschaft eingreifen sollte, wenn Jugendliche ab 15 Jahre Verbrechen begehen. Die Vorschläge sollen Ende 1996 vorgestellt werden.

Die Arbeit richtet sich darauf, eine ausgewogene Nivellierung zwischen den Interessen zu erzielen, die Rechtswesen und Sozialbehörden wahrnehmen. Die Strafverfolgung Jugendlicher muß an ihre persönliche Reife und die besonderen Umstände angepaßt werden. Es ist auch wichtig, daß das Regelsystem so entwickelt wird, daß traditionelle Forderungen nach Vorhersehbarkeit, Eindeutigkeit und Konsequenz zufriedensstellender als bisher erfüllt werden können. Die Reaktion darf nicht vollständig von den Ambitionen und den Mitteln der zuständigen Sozialbehörde abhängig sein. Stattdessen sollte die besondere Strafverfolgung, die in die Übergabe zur Betreuung innerhalb der Sozialbehörden mündet, ein bestimmtes minimales Niveau von unterstützender und betreuender Arbeit für die Jugendlichen aufweisen. Die Hauptverantwortung für Jugendliche, die Verbrechen begehen, wird auch in Zukunft bei den Sozialbehörden liegen.

Eine schnellere Reaktion auf begangene Verbrechen sollte zu einer Verringerung der Neigung zur Kriminalität bei Jugendlichen führen. Die Handhabung bei Polizei, Staatsanwalt und vor Gericht bei Prozessen gegen Jugendliche ist geändert worden, um eine schnellere Rechtsverfolgung, bessere Zusammenarbeit und ein Verfahren, das an die besonderen Anforderungen bei der Rechtsverfolgung Jugendlicher angepaßt ist, zu erreichen. Die Regierung wird die neuen Regelungen weiterentwickeln und untersuchen, welche Auswirkungen sie für die Effektivität haben - auch in präventiver Hinsicht - und ob das Ergebnis den Erwartungen entspricht.

Schlichtung für junge Gesetzesbrecher ist ein Beispiel dafür, wie Jugendliche davon abgehalten werden sollen, weitere Verbrechen zu begehen. An mehreren Stellen im Land wird auf verschiedene Weise daran gearbeitet, daß Jugendliche mit dem Opfer des Verbrechens konfrontiert werden und daß diese Jugendlichen sich rechtfertigen können. Der Generalbundesanwalt soll Modelle dafür ausarbeiten, wie die Schlichtungsarbeit für junge Gesetzesbrecher am besten als Bestandteil der gesellschaftlichen Reaktion auf Verbrechen Jugendlicher eingesetzt werden kann.

Regelungen für  
den Gebrauch  
von Waffen

Es besteht kein Zweifel daran, daß der Zugang zu Waffen eine Bedeutung für schwere Gewaltverbrechen hat. Die Verminderung des Waffenvorkommens und eine verstärkte Kontrolle sind deshalb wichtige präventive Maßnahmen. Gegenwärtig wird auf Initiative der

Regierung eine Überprüfung der Waffengesetzgebung durchgeführt, um Gewaltverbrechen vorzubeugen. Die Mehrzahl der Schußwaffen, die z.B. bei schweren Raubüberfällen benutzt werden, sind Waffen aus ehemals legalem Besitz, die in die Hände von Verbrechern gekommen sind. Wir hoffen, daß die Arbeit der Untersuchungskommission dazu führt, nicht zuletzt die Verbreitung illegaler Waffen effektiv zu verhindern.

Die Überprüfung der Waffengesetzgebung ist mit einer Auswertung des Verbotes, Messer und bestimmte andere gefährliche Gegenstände auf öffentlichen Plätzen mit sich zu führen, eingeleitet worden. Es ist ein Vorschlag vorgelegt worden zur Ausweitung der Geltung des Verbotes auch für Schußwaffen. Eine solche Ausweitung kann es erleichtern, schnell gegen den Mißbrauch von Schußwaffen vorzugehen, die sich ehemals im Besitz eines Waffenscheininhabers befanden. Außerdem werden schärfere Strafen für schwere Verstöße gegen das Verbot vorgeschlagen.

Es sind neue Regelungen für Schußwaffen staatlicher Behörden beschlossen worden, die darauf ausgerichtet sind, die Sicherheit gegen Diebstahl und Mißbrauch von militärischen Schußwaffen zu verbessern. Eine Reihe von Verbesserungen ist in dieser Hinsicht bereits durchgeführt worden, und weitere Sicherheitsmaßnahmen werden langfristig getroffen, u.a. hinsichtlich der Aufbewahrung von Waffen der zivilen Verteidigung.

Überwachungs -  
Kameras und  
Wachpersonal

Die Verwendung von Überwachungskameras kann Verbrechen auf eine effektive Weise vorbeugen, z.B. Raub, Entwendung von Autos auf Parkplätzen und Sachbeschädigung. Für den Angestellten eines Geschäftes z.B. kann das Wissen um die Überwachung des Geschäftes eine erhöhte Sicherheit bedeuten. Das aufgenommene Material kann auch bei der Untersuchung eines begangenen Verbrechens von Bedeutung sein.

Die Möglichkeit, Verbrechen vorzubeugen, muß eine größere Bedeutung bei der Beurteilung darüber erhalten, ob eine Kameraüberwachung verwendet werden darf. Zur Zeit wird diskutiert, welche Möglichkeiten es gibt, die Verwendung von Überwachungskameras für diesen Zweck weiterzuentwickeln. Die Zielsetzung ist, daß Vorschläge vermehrter Verwendung von Überwachungskameras zur Verhinderung von Verbrechen nächstes Jahr dem schwedischen Reichstag präsentiert werden soll.

Ordnungshüter und Wachpersonal spielen eine wichtige Rolle bei der Vorbeugung von Verbrechen, genauso wie Wachdienste und andere Organe, die für mehr Sicherheit in der Gesellschaft sorgen. Im abschließenden Gutachten der Sicherheitskommission wird u.a. vorgeschlagen, daß der Einsatz von Ordnungspersonal ausgeweitet werden soll. Es wird auch vorgeschlagen, daß z.B. Türsteher in höherem Maße als bisher geschultes Ordnungspersonal sein sollten, daß Schlosser Sondergenehmigungen benötigen, und daß Personen, die ohne Erlaubnis in Geschäfte oder Sportarenen eindringen, dafür bestraft werden sollen. Eine Proposition auf der Basis des Vorschlags der Untersuchungskommission sollte nächstes Jahr dem schwedischen Reichstag übergeben werden können.

Betreuung für  
Opfer von  
Verbrechen

Untersuchungen von Verbrechenopfern zeigen, daß Menschen, die bereits einmal einem Verbrechen zum Opfer gefallen sind, ein erhöhtes Risiko eingehen, wieder betroffen zu sein. Oft kann das daran liegen, daß sie zu einer Gruppe von Menschen gehören, die öfter als andere Verbrechen zum Opfer fallen, z.B. Süchtige. Ein Wohnungseinbruch kann z.B. darauf beruhen, daß das Risiko für einen Einbruch - aus verschiedenen Gründen - in der betroffenen Gegend besonders hoch ist oder darauf, daß die Wohnung nicht ausreichend geschützt war. Ein wichtiger Gesichtspunkt in der präventiven Arbeit ist deshalb, durch Information oder andere Unterstützung den Verbrechenopfern bei der Analyse zu helfen, warum gerade sie betroffen waren und was getan werden kann, um zu vermeiden, daß sie noch mal Opfer eines Verbrechens werden.

Deshalb besteht ein enger Zusammenhang zwischen präventiver Arbeit und Betreuung der Verbrechenopfer. Der Zusammenhang ist besonders deutlich, wenn es z.B. um Verbrechenopfer geht, die sich in Situationen befinden, in denen sie kontinuierlich Verbrechen zum Opfer fallen, wie in Familien, in denen Gewalt und Übergriffe oft vorkommen.

Die Situation von Verbrechenopfern ist seit Mitte der achtziger Jahre immer mehr in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit gerückt. In einem Maßnahmenprogramm, das 1988 vorgelegt wurde, wurden u.a. die Gesetzgebung zu Verbrechensschäden, Notdienste für Verbrechenopfer, die Arbeit der Polizei und Fragen zum Schadensersatz untersucht. Danach sind Regelungen getroffen worden für das Recht, in bestimmten Fällen die Vertretung des Nebenklägers in Anspruch zu nehmen und für die Möglichkeit, über Besuchsverbote zu entscheiden. Personenschutz und verschiedene technische Vorkehrungen werden eingesetzt, um gefährdete Personen zu schützen. Außerdem sind Regelungen für den Schutz der Identität von gefährdeten Personen eingeführt worden, u.a. durch die Möglichkeit, eine neue Identität zu erhalten.

Eine Untersuchungskommission hat die Aufgabe, die Maßnahmen der letzten zehn Jahre im Bereich der Verbrechenopfer auszuwerten. Die Hauptaufgabe der Untersuchung ist, einen umfassenden Bericht über die bisherigen Maßnahmen abzugeben und zu dokumentieren, welche Rechte ein Verbrechenopfer auf Hilfestellungen hat und welche Möglichkeiten es gibt, sie in Anspruch zu nehmen. Die gesamten Auswirkungen dieser Rechte sollen analysiert werden. Mit Ausgangspunkt in dem zusammengetragenen Wissen und der Analyse soll die Untersuchungskommission die Veränderungen vorschlagen, die legitim sein können.

Das gilt nicht nur für Änderungen in der Gesetzgebung, sondern auch für Änderungen z.B. von Bearbeitungsverfahren, Verfahren der Zusammenarbeit von Behörden untereinander und für verbesserte Ausbildung.

Gewalt gegen  
Frauen

Die Kommission für Gewalt gegen Frauen hat von der Regierung den Auftrag erhalten, einen Überblick über die Fragen zu erstellen, die sich mit Gewalt gegen Frauen beschäftigen, und Maßnahmen zur Bekämpfung dieser Gewalt vorzuschlagen. Der Vorschlag der Kommission betrifft verschiedene gesellschaftliche Bereiche, und ein bedeutender Teil der Vorschläge richtet sich auf die behördliche Handhabung der Angelegenheiten im Zusammenhang mit Gewalt gegen Frauen. Hier muß das Wissen verbessert werden und die Kompetenz derer, die mit solchen Angelegenheiten zu tun haben. Die Kommission stellt u.a. fest, daß Gesetzesänderungen allein die gesellschaftlichen Probleme nicht lösen können, die zu Gewalt gegen Frauen führen. Einige Gesetzesänderungen werden jedoch vorgeschlagen.

Ein konkreter Vorschlag der Kommission ist bereits realisiert worden: es ist ein nationales Zentrum am



Akademischen Krankenhaus in Uppsala für Frauen eingerichtet worden, die vergewaltigt oder mißhandelt worden sind.

In mehreren Regierungsbezirken findet auch bereits eine aktive Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Behörden und Organisationen bei Fragen zur Gewalt gegen Frauen statt.

Diese Zusammenarbeit ist u.a. das Ergebnis eines dreijährigen Forschungsprojekts über die Zusammenarbeit der Behörden, die das schwedische Zentralamt für Gesundheits- und Sozialwesen in fünf Regierungsbezirken geleitet hat. In dieser Zusammenarbeit bestehen die Gruppen aus zuständigen Behörden und Organisationen. In allen Gemeinden der am Projekt teilnehmenden Regierungsbezirke haben diese Gruppen bereits erfolgreiche Arbeit geleistet, und mehrere unterschiedliche Modelle der Zusammenarbeit haben Form angenommen.

Um das Wissen über Gewalt gegen Frauen zu verbessern, hat das schwedische Landespolizeibehörde im Auftrag der Regierung, zusammen mit einer Vielzahl anderer Behörden, eine Weiterbildung von betroffenen Berufsgruppen im Rechtswesen, in den Sozialbehörden sowie im Gesundheitswesen durchgeführt. In jedem Regierungsbezirk sind Gruppen für solche Weiterbildungsmaßnahmen entstanden.

#### Zusammenarbeit und Datenschutz

Eine gut funktionierende Zusammenarbeit ist eine Voraussetzung für den Erfolg in der präventiven Arbeit, das ist u.a. in der Sicherheitskommission unterstrichen worden. Die Zusammenarbeit bedeutet eine effektivere Nutzung vorhandener Mittel. Bei der Zusammenarbeit in der Problemlösung kann die Arbeit so verteilt werden, daß der am besten für eine bestimmte Arbeit geeigneten Behörde die Durchführung obliegt.

In diversen Zusammenhängen wird betont, daß das Gesetz zum Datenschutz ein Problem in der Zusammenarbeit von Behörden darstellt, für die unterschiedliche Datenschutzbestimmungen gelten. Vor allem Polizisten haben in der präventiven Arbeit bemängelt, daß sie keinen ausreichenden Zugang zu den Unterlagen der Sozialbehörden über Jugendliche erhalten. Eine der Behörden, die in präventiven Fragen zusammenarbeiten sollten, ist z.B. auch die Schule, die wiederum unterschiedliche Datenschutzbestimmungen für verschiedene Teile ihrer Arbeit hat. Die Datenschutzbestimmungen, die Schule, Sozialbehörden und Polizei in der präventiven Arbeit betreffen, sollen überprüft werden.

Der Ausgangspunkt soll sein, daß das Datenschutzgesetz nicht ohne guten Grund die vertrauensvolle Zusammenarbeit von Behörden erschweren darf.

### **Behörden des Rechtswesens**

Die Behörden des Rechtswesens spielen eine selbstverständliche Rolle in der präventiven Arbeit. Es gilt aber, ihre Arbeitsformen so zu entwickeln, daß sie sowohl für sich als auch in Zusammenarbeit untereinander und mit Behörden außerhalb des Rechtswesens verbesserte Möglichkeiten erhalten, ihre Arbeit auszuüben.

Problemorientierte Arbeit der lokalen Polizei

Es ist die Aufgabe der Polizei, Verbrechen vorzubeugen, zu bestrafen und zu bekämpfen. Deshalb ist es selbstverständlich, daß die Bemühungen der Polizei eine große Bedeutung für die präventive Arbeit haben. Genauso selbstverständlich ist es, daß die Polizei aktiv an der lokalen präventiven Arbeit mitwirkt.

Seit einigen Jahren unterliegt die Polizei umfangreichen Veränderungen durch die problemorientierte Arbeitsweise und den damit verbundenen Ausbau der Arbeit der lokalen Polizei. Die Reform der lokalen Polizei spielt natürlich eine Hauptrolle in der Weiterentwicklung der präventiven Arbeit. Die Reform bedeutet, daß die Polizeiarbeit mit lokal verbundenen Einheiten in geographisch begrenzten Bereichen erfolgen soll.

In dieser neuen Arbeitsorganisation ist die problemorientierte Arbeit ein dominierender Bestandteil. Problemorientiert zu arbeiten bedeutet, systematisch festzustellen, welche Umstände die eigentlichen Voraussetzungen für Verbrechen darstellen, d.h. die direkten Verbrechenursachen, und solche Faktoren, die es begünstigen, daß sie zustande kommen. Von diesem Wissen ausgehend, werden dann die Maßnahmen getroffen, die zur Veränderung der Umstände führen, so daß die Gefahr der Kriminalität verringert wird.

Der Grundgedanke ist, daß diese Arbeit von der lokalen Polizei durchgeführt werden soll in Zusammenarbeit mit Einzelpersonen, Behörden, Vereinigungen und Vertretern der Wirtschaft, und sowohl soziale als auch situative Verbrechenprävention umfaßt.

Die Reform der lokalen Polizei bedeutet also, daß der Schwerpunkt in der Polizeiarbeit auf die lokale Ebene verschoben wird, und daß die Polizei dadurch größere Möglichkeiten hat, zu einem frühen Zeitpunkt einzugreifen. Die Schwerpunkte in der Arbeit der lokalen Polizei sind Vorbeugung und Bekämpfung von Alltagskriminalität wie Einbruch, vorsätzliche Körperverletzung, Sachbeschädigung sowie Drogenhandel auf der Straße. In ihrem Bereich ist die lokale Polizei im Prinzip für alle Arten von Polizeiarbeit verantwortlich, auch für die Aufklärung von Verbrechen.

Die Regierung hat für 1996 105 Millionen Kronen bereitgestellt, um u.a. die problemorientierte Arbeit der lokalen Polizei besonders zu fördern. Auch in der neuen Polizeiausbildung, die zur Zeit in der Entwicklungsphase ist, wird die Bedeutung dieser Arbeitsweise betont.

Effektivere  
Arbeitsmethoden  
für Polizei und  
Staatsanwalt

Ein hohes Entdeckungsrisiko ist selbstverständlich ein abschreckender Faktor für einen Verbrecher. Nicht zuletzt aus diesem Grund ist es von gesellschaftlichem Interesse, daß die Polizei in der Verbrechensbekämpfung zu effektiven Mitteln greifen kann, so daß mutmaßliche Verbrecher im Auge behalten werden und nicht ungestört zu Werke gehen können.

Auf Initiative der Regierung sind kürzlich Regelungen beschlossen worden, die es der Polizei ermöglichen, versteckte, ferngesteuerte Überwachungskameras bei Voruntersuchungen von schweren Verbrechen einzusetzen. Die Polizei sollte hierdurch eine effektivere Aufklärung mit größerer Präzision auf eine Weise durchführen können, die bisher nicht zugelassen war. Auch Regelungen für geheimes Abhören von Telefongesprächen und geheime Telekommunikationsüberwachung sind an die technische Entwicklung und die Veränderungen auf dem Telekommunikationsmarkt angepaßt worden. Der Bedarf an Änderungen der Regelungen mit dem Ziel, der Polizei weitere Möglichkeiten für die Nutzung technischer Hilfsmittel zu eröffnen, soll untersucht werden.

Um ihre Pflicht zu erfüllen, Verbrechen und anderen Störungen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit vorzubeugen, betreibt die Polizei einen Kriminalnachrichtendienst. Zum jetzigen Zeitpunkt ist es nicht möglich, mit Hilfe von EDV festzustellen, was das Resultat einer solchen Arbeit sein kann. Bei der Identifizierung mutmaßlicher Verbrecher ist die DNA-Technik ein sehr großer Fortschritt gewesen. Auf Initiative der Regierung hat eine Untersuchungs-

kommission kürzlich vorgeschlagen, daß die Polizei mit Hilfe von EDV feststellen können soll, welche Erfolge der Nachrichtendienst erzielt hat. Außerdem soll sie spezielle Register mit Angaben der DNA-Analyse in Strafsachen führen.

Im Zusammenhang mit größeren Veranstaltungen oder in anderen Situationen mit Menschenansammlungen entsteht ein erhöhtes Risiko für Verbrechen und andere Störungen der öffentlichen Ordnung. Es wird deshalb erwogen, der Polizei in Zukunft bessere Möglichkeiten einzuräumen, in solchen Situationen einzugreifen, und ihr erweiterte Befugnisse zur Ergreifung von Maßnahmen in vorbeugender Absicht zu erteilen, sowie bestimmte Bereiche oder Plätze abzusperren oder auf andere Weise den Zutritt zu untersagen, und vorübergehend bestimmtes Eigentum sicherzustellen.

Die neuen Arbeitsmethoden, die hier genannt werden, werden die Aufklärung von Verbrechen wesentlich effektiver gestalten. Das hieraus folgende erhöhte Risiko, ertappt und vor Gericht gestellt zu werden, sollte eine wertvolle Komponente der präventiven Arbeit sein.

Die Reform der lokalen Polizei und die problemorientierte Polizeiarbeit bringen in gewissem Maße neue Voraussetzungen auch für die Arbeit des Staatsanwalts auf lokaler Ebene mit sich. Die Staatsanwälte haben die letztliche Verantwortung für die Aufklärungsarbeit, auch für die von der Polizei geführten. Die organisatorischen Veränderungen, die nun innerhalb der Polizei durchgeführt werden, führen dazu, daß in Zukunft ein großer Teil der Aufklärungsarbeit im Bereich der lokalen Polizei durchgeführt wird. Hierdurch werden gute Voraussetzungen für eine zielgerichtete Arbeit in Zusammenarbeit von Polizei und Staatsanwalt geschaffen.

Die Regierung wird bald Richtlinien für die weiterführende Zusammenarbeit von Polizei und Staatsanwalt erlassen. Die intensivere Zusammenarbeit soll zu einer besseren Aufklärungsarbeit und zu einer klareren Zielsetzung bei den Prioritäten führen. Polizei und Staatsanwalt sollen in Zukunft aufgrund gemeinsamer Strategien für die Bekämpfung der lokalen Kriminalität vorgehen.

Durch die Anpassung der Voruntersuchungen an die lokalen Umstände soll den präventiven Aspekten bei der Ausrichtung der Arbeit größere Bedeutung zukommen.

Die Arbeit des Strafvollzugs zur Verhinderung von Rückfällen - Ein großer Teil der Verbrechen wird von einer sehr kleinen und kriminell sehr aktiven Personengruppe begangen. Diese waren oft - oder sind - Ziel des Strafvollzugs. Deshalb sind die Möglichkeiten des Strafvollzugs, Rückfällen in die Kriminalität vorzubeugen, natürlich von größter Bedeutung. Der Strafvollzug entwickelt seit längerem Programme, um zu verhindern, daß kriminell Aktive rückfällig werden. Dies geschieht sowohl innerhalb der Anstalten als auch im Strafvollzug in Freiheit.

In den Anstalten strebt man danach, den Gefangenen Arbeit, Ausbildung und Betreuung zur Verfügung zu stellen, die die Voraussetzungen für ein Leben ohne Kriminalität nach der Entlassung verbessern. Ein wichtiger Aspekt bei diesen Maßnahmen ist der Versuch, Drogen- und Alkoholprobleme der Gefangenen zu bekämpfen. Sowohl die Zahl der Motivations- und Betreuungsplätze für Drogenabhängige als auch der Anteil inhaftierter Drogenabhängiger, die Ziel einer Form von Betreuung sind, haben in letzter Zeit zugenommen.

Ein anderer wichtiger Aspekt der präventiven Arbeit im Strafvollzug ist, dafür zu sorgen, daß die Gefangenen unter solchen Voraussetzungen entlassen werden, daß sie realistische Aussichten haben, ohne Kriminalität zurechtzukommen. Die Vorbereitungen auf die Entlassung sind deshalb von größter Bedeutung. Bei der Bewährungshilfe wird auch eine Zusammenarbeit mit der Polizei in Hinsicht auf kriminell besonders aktive Personen erprobt.

Es sollen weitere Maßnahmen ergriffen werden, um die Resozialisierung der Entlassenen in der Gesellschaft zu fördern. Zur Zeit wird diskutiert, ob eine elektronische Überwachung eine geeignete Möglichkeit während des letzten Teils einer längeren Freiheitsstrafe ist, also in der Zeit, die der Entlassung auf Bewährung unmittelbar vorausgeht. Hierdurch sollten Voraussetzungen geschaffen werden können für fortgeschrittene Programme, u.a. für Arbeitstraining. Gleichzeitig kann ein zufriedenstellendes Kontrollniveau aufrechterhalten werden. Das Ziel ist, die Anpassung an das Leben außerhalb des Gefängnisses zu fördern.

Drogenschmuggel  
bekämpfen

Der Zusammenhang von Drogenkriminalität und anderen Arten von Kriminalität ist weithin bekannt. Die Bekämpfung des Drogenproblems erfordert die Senkung sowohl von Angebot als auch von Nachfrage. Was das Angebot angeht, hat sicherlich die internationale Zusammenarbeit sehr große Bedeutung. Es gilt, dafür zu sorgen, daß die Drogen nicht ins Land kommen.

Die Befugnisse des Zolls, an der Grenze einzugreifen, u.a. bei illegaler Einfuhr von Drogen sind deshalb - auch bei einer zunehmenden Integration in Europa - unverändert.

Die neue Gesetzgebung hat auch mit sich gebracht, daß der Zoll Recht auf die Kontrolle von Buchungs- und Passagierlisten der Transportbetriebe hat. Solche Informationen können bei der Durchführung von Kontrollen von Warensendungen und Personen, die im Zusammenhang mit Drogenschmuggel stehen könnten, zu einer größeren Trefferquote führen. Die Zielsetzung ist, daß auch die Polizei für den gleichen Zweck das Recht erhalten soll, die Listen der Transportbetriebe einzusehen.

### **Andere Behörden und sonstige Fragen**

Für die präventive Arbeit ist nicht allein das Rechtswesen verantwortlich. Es ist eine wichtige Aufgabe aller Behörden, in ihrem jeweiligen Gebiet die präventiven Aspekte der eigenen Arbeit zu beachten.

Sozialbehörden

Die Arbeit der Sozialbehörden in der individuellen und der familiären Betreuung wendet sich an Kinder, deren grundlegenden Bedürfnisse nicht Rechnung getragen werden, und an Jugendliche, die aufgrund eigener Abhängigkeit, Kriminalität oder anderen deutlichen Anzeichen für soziale Probleme auffallen. Diese Kinder und Jugendliche laufen größere Gefahr als andere, eine kriminelle Laufbahn einzuschlagen. Die Maßnahmen der Sozialbehörden können einer solchen negativen Entwicklung entgegenwirken. Insgesamt erhalten jährlich ca. 1,5 Prozent aller Kinder unter 17 Jahren irgendeine Form von Unterstützung von den Sozialbehörden.

Im Sozialministerium wird zur Zeit ein Vorschlag für ein neues Sozialbehördengesetz erarbeitet, das auf dem Gutachten "Neues Sozialbehördengesetz" des Sozialbehördenkomitees basiert. Das Komitee legt mehrere Vorschläge vor, die die Bedeutung der vorbeugenden Arbeit in den Sozialbehörden unterstreichen. Das Komitee hebt auch den Bedarf

frühzeitiger Maßnahmen bei Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen in Risikofamilien und Risikosituationen hervor. Das Ziel dieser Ausrichtung ist, dem Bedarf an umfassenderen Maßnahmen vorzubeugen und entgegenzuwirken.

Laut Komitee sollten die Sozialbehörden die Verantwortung dafür tragen, daß Konsequenzanalysen bei größeren Veränderungen des Milieus oder der kommunalen Arbeit durchgeführt werden. Der Nutzen der vorgeschlagenen Änderungen soll den eventuellen negativen Effekten für die Bewohner der Gemeinde gegenübergestellt werden.

Das Komitee schlägt auch eine neue Verordnung für gruppen- und bereichsspezifische Arbeit vor, um die Möglichkeiten zu vergrößern, frühzeitig mit Familien in Kontakt zu treten, die Unterstützung und Hilfe brauchen. Weil die vorbeugende Arbeit bei Kindern und Jugendlichen eine intensive Zusammenarbeit erfordert, sollen die Sozialbehörden laut Komitee auch besonders verpflichtet werden, mit anderen Behörden, Organisationen und Einzelpersonen zusammenzuarbeiten.

Die Vorbereitungen für die Vorschläge des Komitees sind noch nicht abgeschlossen, aber bereits jetzt kann man konstatieren, daß die Vorschläge, die vom Komitee präsentiert wurden, mit einer verstärkten präventiven Arbeit übereinstimmen. Präventive Aspekte werden eine zentrale Rolle bei der weitergehenden Überprüfung der Arbeitsformen in den Sozialbehörden spielen, und die Zielsetzung soll dabei sein, die Möglichkeiten für frühzeitige präventive Maßnahmen, die die Sozialbehörden bieten, so effektiv wie möglich zu nutzen.

Unterstützung der Eltern

Hier soll auch erwähnt werden, daß im Sozialministerium eine besondere Arbeitsgruppe gebildet wurde. Sie hat die Aufgabe, die Ausbildung und Unterstützung der Eltern zu dokumentieren, zu beschreiben und zu analysieren.

Der Auftrag beinhaltet Unterstützung der Eltern in Familien mit Säuglingen, Kindern im Vorschulalter und Schulkindern und betrifft die Arbeit von Mütterberatungsstellen und Kleinkinderfürsorgestellen, Kinderbetreuung und Schule sowie individuellen Organisationen, z.B. innerhalb bestimmter Bildungsverbände und Elternvereinigungen.

Frühzeitige  
Maßnahmen -  
Arbeit und Projekte  
der Behörden

Das schwedische Zentralamt für Gesundheits- und Sozialwesen hat die Aufgabe, die Forschungsergebnisse frühzeitiger Maßnahmen zu sammeln und systematisch aufzuarbeiten sowie für eine kontinuierliche Weiterentwicklung von Kenntnissen und Methoden zu sorgen. Aber auch andere Behörden und Organisationen können bedeutend dazu beitragen, die Unterstützung von Kindern in Risikozonen zu verbessern.

Auf Initiative des Schwedischen Gemeindeverbandes findet ein Projekt zur Weiterentwicklung der Methoden mit sogenannten Familienberatungen statt. 1996 bis 1998 werden Beratungsstellen in zehn schwedischen Städten erprobt. Die Familienberatung ist eine Art für Familien und Angehörige, Maßnahmen für Kinder in Risikozonen zu diskutieren und Vorschläge zu entwickeln. Die Arbeit läuft darauf hinaus, daß die Familie selbst mit Hilfe eines unabhängigen Koordinators einen Plan ausarbeiten soll, der Entscheidungen beinhaltet, wie das Kind optimal unterstützt werden kann. Wenn der Plan von den Sozialbehörden genehmigt wird, ist der Sozialsekretär dafür verantwortlich, die Familie zu unterstützen. Das schwedische Zentralamt für Gesundheits- und Sozialwesen soll dafür verantwortlich sein, die Arbeit auszuwerten.

Der Präventionsrat hat im Januar 1996 das Projekt "Frühzeitige Maßnahmen" ins Leben gerufen, um das Wissen in diesem Bereich zu verbessern.

Das Projekt umfaßt u.a. eine Untersuchung, inwieweit die Arbeit der Mütter- und Kinderfürsorge, der Kinderhorte, der Freizeitgestaltung, der psychiatrischen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen sowie der Vor- und Grundschulen präventiv sind; außerdem eine Dokumentation von laufenden und abgeschlossenen Projekten in der Kinder- und Jugendpsychiatrie, die eine negative Entwicklung bei Kindern und Jugendlichen verhindern sollen.

Die Auswertungen solcher Projekte sollen zusammengefaßt werden. Darüber hinaus sollen die Arbeitsmethoden und Maßnahmen von Sozialbehörden, Schule und Polizei dokumentiert und beschrieben werden.

Der Präventionsrat plant außerdem eine Zusammenfassung des aktuellen Wissens über die Kriminalität Minderjähriger. Die Anwendung der Regelungen zur Vernehmung Minderjähriger und die Frage der Erfassung von Verbrechen Minderjähriger sollen verdeutlicht werden.



Präventive Arbeit  
im Bereich  
Alkohol und  
Drogen

Der Mißbrauch von Alkohol und Drogen ist nicht nur eines der schwersten sozialen und medizinischen Probleme. Auch ein sehr großer Teil der Kriminalität hängt auf die eine oder andere Weise mit diesem Mißbrauch zusammen. In 70 bis 80 Prozent aller Gewaltverbrechen ist Alkohol im Spiel.

Maßnahmen gegen Alkohol- und Drogenmißbrauch sind deshalb von zentraler Bedeutung für die präventive Arbeit.

Heute gibt es eine beunruhigende Tendenz zu einer verstärkt positiven Haltung gegenüber Drogen, sowie vermehrten Experimenten mit Drogen in bestimmten Gruppen Jugendlicher. Diese Tendenz verstärkt den Bedarf von in erster Hand vorbeugender Arbeit, Information und Meinungsbildung. Um erfolgreich zu sein, muß eine solche Arbeit mehr auf Geduld und Ausdauer beruhen als auf einzelnen Kampagnen.

Das Gesundheitsamt hat den Auftrag erhalten, eine verstärkte Alkohol- und Drogenprävention zu koordinieren. An der Spitze für diese Arbeit steht eine nationale Führungsgruppe, die aus Vertretern einer Reihe zentraler Behörden, sowie u.a. von schwedischen Gemeinde- und Landtagsverbänden besteht. Die Führungsgruppe hat einen nationalen Aktionsplan zur Alkohol- und Drogenprävention erarbeitet.

Ein Hauptthema des Aktionsplans ist, daß die Situation eine lokale Kraftanstrengung erfordert - in Gemeinden und Wohngebieten, am Arbeitsplatz, in der Schule und zu Hause - um den großen Risiken von vermehrten Alkohol- und Drogenproblemen entgegenzutreten, mit denen Schweden konfrontiert werden könnte. Im Plan wird betont, daß die vorbeugende Arbeit bei Kindern und Jugendlichen Priorität haben muß. Weiter werden wichtige Ausgangspunkte und Prinzipien genannt, wie eine verstärkte lokale vorbeugende Arbeit aufgebaut werden kann. In die Durchführung des nationalen Aktionsplans sind umfangreiche Mittel investiert worden.

Vieles deutet darauf hin, daß der Konsum selbstgebrannten Alkohols in letzter Zeit zugenommen hat. Die Regierung hat deshalb einer Reihe von Behörden den Auftrag gegeben, gemeinsam das genaue Ausmaß und den Charakter der ungesetzlichen Alkoholherstellung zu dokumentieren, sowie Vorschläge für geeignete Maßnahmen zur Bekämpfung dieser Herstellung zu erarbeiten. Es werden spezielle Projektmittel für Maßnahmen vor allem auf lokaler und regionaler Ebene dafür bereitgestellt werden.

Eine beunruhigende Entwicklung, die immer höhere Anforderungen an Kontrolle stellen wird, ist die deutliche Zunahme des Alkoholschmuggels in letzter Zeit. Von Januar bis Mai 1996 hat der Zoll mehr als doppelt so viel Alkohol beschlagnahmt wie im gesamten Jahr 1995.

Ein nicht unbedeutender Anteil an den Verbrechen, die einen direkten Zusammenhang mit dem Mißbrauch von Alkohol und Drogen haben, sind Verkehrsdelikte unter dem Einfluß von Alkohol oder Drogen. Von vielen Seiten ist berichtet worden, daß die Zahl der Fahrer zunimmt, die unter dem Einfluß anderer Drogen als Alkohol stehen, und daß die Möglichkeiten, gegen diese Fahrer einzuschreiten, verbessert werden müssen. Die Regierung hat deshalb einen speziellen Untersuchungsausschuß ins Leben gerufen, der Änderungen in der Gesetzgebung diskutieren soll, um effektivere Regelungen in diesem Bereich zu erzielen.

Schließlich kann in diesem Zusammenhang ebenfalls erwähnt werden, daß eine parlamentarische Untersuchungskommission den Auftrag erhalten hat, eine allgemeine Überprüfung von Ausmaß und Charakter des Drogenproblems zu erstellen und u.a. zu untersuchen, ob ein Zusammenhang zwischen Drogen und Gewaltverbrechen existiert. Die Untersuchungskommission soll den Bedarf an Mitteln für verbesserte Informationsarbeit verschiedener Behörden, des Gesundheitswesens, der Schulen sowie der Sportvereine und anderer freiwilliger Organisationen feststellen.

Die präventive Arbeit in der Schule

Die Schule ist ein leider oft nicht genutztes präventives Mittel, und ihre bedeutende Rolle in der präventiven Arbeit kann nicht genug betont werden. Da Kinder und Jugendliche sich während eines großen Teils ihres Heranwachsens in der Schule befinden, hat sie gute Möglichkeiten, die Entwicklung zur Kriminalität bei Kindern und Jugendlichen zu beeinflussen. Es ist jedoch ein Problem, daß das Personal in der Schule sich nicht immer mit seiner präventiven Rolle identifiziert.

Die Regierung hat einen neuen Lehrplan verabschiedet, in dem Lehrplan die Aufgaben der Schule formuliert werden. Die Änderungen, die in letzter Zeit im Schulwesen durchgeführt wurden - u.a. die Betonung der Pflicht der Schule, die gemeinsamen Werte unserer Gesellschaft zu vermitteln - bedeuten, daß die Schule jetzt bessere Voraussetzungen für eine reelle präventive Arbeit hat.

Die Schule hat laut Lehrplan die Pflicht, Rechtsgefühl, Generosität, Toleranz und Verantwortungsbewußtsein bei Kindern zu wecken. Deshalb ist es eine wichtige Aufgabe, dem entgegenzuwirken, daß ein Kind gekränkt oder von der Gemeinschaft ausgestoßen wird.

Das Schulamt arbeitet seit 1994 mit dem Projekt "Mobbing vorbeugen, entlarven und bekämpfen". Dieses Projekt ist eine Zusammenarbeit mit anderen Behörden und Organisationen. Einige Gemeinden haben Mittel für die Entwicklung von Methoden zur Bekämpfung von Mobbing erhalten; außerdem ist eine Broschüre zu diesem Projekt zusammengestellt und an sämtliche Schulen verschickt worden. Ein abschließender Bericht zu diesem Projekt ist kürzlich vorgelegt worden.

Desweiteren soll der Kinderombudsmann Maßnahmen gegen Mobbing koordinieren und in Zusammenarbeit mit Behörden und Organisationen die Bemühungen der Gesellschaft gegen Mobbing intensivieren. Der Kinderombudsmann hat kürzlich eine große Zahl Kinder im Alter von ca. 13 Jahren gefragt, wie die Bekämpfung von Mobbing aussehen soll. Die Kinder sagten u.a., daß das Schulpersonal Mobbing zu wenig Aufmerksamkeit schenke und nicht eingriffe, um Mobbing zu stoppen. Die Regierung wird sich dafür einsetzen, daß Erwachsene, die sich in der Nähe der Kinder aufhalten, Verantwortung dafür übernehmen, Mobbing vorzubeugen, zu stoppen und zu bekämpfen.

Die Regierung plant, eine Arbeitsgruppe ins Leben zu rufen, die die Aufgabe erhalten soll, Formen der Zusammenarbeit von Behörden zu finden und Maßnahmen vorzuschlagen, die die erziehende und präventive Arbeit der Schule unterstützen. Die Gruppe soll u.a. aus Vertretern der Behörden bestehen, die sich mit Problemstellungen zur Arbeit der Schule befassen.

Die Regierung wird auch auf andere Weise aktiv dafür sorgen, daß die präventive Rolle der Schule verstärkt wird, und daß Wissen und Erfahrungen der präventiven Arbeit an alle weitergegeben werden, die in der Schule arbeiten. Das Kultusministerium plant, im Herbst 1996 eine Anhörung über die Möglichkeiten der Schule in der Verbrechensprävention durchzuführen. Die Regierung wird auch dafür sorgen, daß der Schule geeignetes Unterrichtsmaterial über Normen, Werte sowie Rechtsprinzipien, auf denen die schwedische Gesellschaft ruht, zugänglich gemacht wird.

## Wirtschafts- kriminalität

Die Wirtschaftskriminalität verursacht schwere Schäden. Gesetzestreue Betriebe werden von Wirtschaftsunternehmen, die sich über Gesetze hinwegsetzen und dadurch Produkte beispielsweise billiger verkaufen können, aus dem Wettbewerb gedrängt. Die Arbeitnehmer verlieren ihre Arbeitsplätze, wenn der Betrieb in Konkurs geht. Die Steuereinnahmen gehen zurück. Langfristig sind Werte wie das allgemeine Rechtsgefühl, gesellschaftliche Solidarität und die Moral in der Geschäftswelt gefährdet.

Die Regierung entwickelte im April 1995 eine Strategie für die gesamten Maßnahmen der Gesellschaft gegen die Wirtschaftskriminalität. Zur Wirtschaftskriminalität wird auch die Umweltkriminalität gerechnet.

Die Strategie ruht auf vier Grundpfeilern: die Gesetzgebung gegen Wirtschaftskriminalität soll verschärft werden. Die Behörden sollen beim Einschreiten gegen Umweltkriminalität bedeutend effektiver werden. Ein verstärktes Gewicht soll der vorbeugenden Arbeit zukommen. Die Wirtschaft muß eine größere Verantwortung im Kampf gegen die Wirtschaftskriminalität übernehmen.

Für die Durchführung dieser Strategie hat die Regierung eine große Zahl Reformprojekte organisiert, um die Wirtschaftskriminalität langfristig zu verringern.

# V Die private Initiative

## Präventive Maßnahmen auf lokaler Ebene

Die große Mehrzahl der Verbrechen, die einzelne Menschen treffen, werden in ihrer lokalen Umgebung begangen, und die Kriminalität hat ihre Wurzeln ebenfalls oft in dieser Umgebung. Genau dort sind die Ursachen der Kriminalität, und genau dort wohnt der Täter, oder er hält sich dort auf. Effektive Maßnahmen gegen diese Kriminalität müssen also zuallererst auf lokaler präventiver Arbeit basieren.

Die Verantwortung für den Kampf gegen die Kriminalität ruht letztlich auf dem Staat, aber damit er auf lokaler Ebene durchschlagenden Erfolg erzielt, ist es erforderlich, daß alle Kräfte zusammengezogen werden, und der Kampf auf breiter Front geführt wird. Die präventive Arbeit auf lokaler Ebene sollte so organisiert werden, daß man private Initiativen optimal nutzen kann und eine effektive Koordination dieser freiwilligen Arbeit und den Maßnahmen der verschiedenen Behörden erreicht.

Gleichzeitig ist es selbstverständlich, daß sowohl Inhalte als auch Formen der lokalen Arbeit aufgrund der lokalen Umstände und Voraussetzungen variieren werden. Es ist also nicht möglich, ein gemeinsames Muster für die lokale präventive Arbeit zu entwickeln. Es geht statt dessen darum, lokale Erkenntnisse und lokales Engagement auf optimale Weise zu verwalten und weiterzuentwickeln, um die beste Form der präventiven Arbeit in einem bestimmten Bereich zu erkennen.

Die Ideen, die in diesem Abschnitt vorgestellt werden, sind demnach keine Vorschriften oder Anweisungen, sondern lediglich Ideen und Anregungen, die auf den Erfahrungen verschiedener lokaler Projekte im ganzen Land basieren, nicht zuletzt aus der Versuchsarbeit von Pilotprojekten, die im Frühjahr 1991 ins Leben gerufen worden sind. Diese und andere lokale Initiativen im Bereich der präventiven Arbeit haben bestätigt, daß es nicht sinnvoll ist, die Arbeit im Detail zu beschreiben, aber sie haben gleichzeitig gezeigt, daß bestimmte Arbeitsmethoden erfolgreicher sind als andere.

## **Ausgangspunkte für lokale präventive Arbeit**

Die entscheidenden Voraussetzungen für eine effektive präventive Arbeit sind *lokales Engagement* und der lokale Wille zu agieren. Um Kriminalität auf lokaler Ebene zu beeinflussen, ist es erforderlich, daß verschiedene Interessen aktiv vertreten sind. Die Möglichkeiten der Polizei, allein etwas zu bewirken, sind z.B. begrenzt.

In den letzten Jahren sind auch private Initiative und privates Engagement in diesen Fragen immer deutlicher in den Vordergrund gerückt, u.a. dadurch, daß einzelne Bürger sich in Gruppen wie Föräldrar på Stan ("Eltern in der Stadt", eine Interessengemeinschaft schwedischer Eltern, Anm. d. Übers.), Grannsamverkan mot Brot ("Nachbarn gegen Kriminalität", eine nachbarschaftliche Interessenvereinigung in Schweden, Anm. d. Übers.) und Guardian Angels zusammengeschlossen haben.

Oft handelt es sich also um rein private Initiativen, aber vermutlich genauso oft um die Zusammenarbeit von Einzelpersonen, kommunalen Verwaltungen und Privatbetrieben auf ein gemeinsames Ziel hin. Die Erfahrungen zeigen, daß der Handel und verschiedene Unternehmerorganisationen, Versicherungsgesellschaften, politische Organisationen und Vereine zusammen mit Behörden und lokalen Verwaltungen in viel größerem Umfang als bisher bei der präventiven Arbeit auf lokaler Ebene mitwirken.

Eine weitere Voraussetzung ist die Erfahrung, welche Maßnahmen kurzfristig oder langfristig die Kriminalität senken und die Sicherheit in der lokalen Gesellschaft verbessern können. Die Erkenntnisse, die bereits heute durch praktische Erfahrungen auf lokaler Ebene durch Projekte, Dokumentationen und andere Forschung gewonnen wurden, stellen eine gute Basis für Resultate in der lokalen präventiven Arbeit dar. Das bedeutet jedoch nicht, daß der Bedarf an ständiger Erweiterung des Wissens im Bereich der Verbrechensprävention unterschätzt werden darf.

Es ist auch wichtig, daß der *Staat deutliches Engagement zeigt*. Durch dieses nationale präventive Programm will die Regierung die präventive Arbeit auf lokaler Ebene fördern.

## Ein Modell für Zusammenarbeit

In vielen Gemeinden sind Methoden und Modelle der Zusammenarbeit für die präventive Arbeit entwickelt worden. U.a. sind im Rahmen der sogenannten Pilotprojekte verschiedene Arten von Organisationen erprobt worden. Die Sicherheitspläne der Gemeinden sind ausführlich von der Sicherheitskommission diskutiert worden, deren abschließendes Gutachten nun zur Stellungnahme weitergegeben worden ist.

Im Mittelpunkt der zukünftigen Arbeit steht die Entwicklung geeigneter Formen für die Organisation der lokalen präventiven Arbeit. Bei dieser Arbeit ist es notwendig, die Erfahrungen und Gesichtspunkte der Gemeinden miteinzubeziehen. Deshalb beabsichtigt die Regierung, Gespräche u.a. mit den Gemeinden des Landes zu führen.

Als Basis für die Gespräche sollen in diesem Zusammenhang bestimmte Ideen präsentiert werden, wie eine solche Organisation gestaltet werden könnte, und welche Umstände beachtet werden sollten. Die Resultate der Gespräche sowie die Festsetzung des Etats seitens der Sicherheitskommission sollten eine gute Basis für die zukünftigen Diskussionen in dieser Frage bilden, in erster Hand für das Durchführungskomitee, das in Abschnitt VI beschrieben wird, aber auch für den Staat und die Gemeinden des Landes.

Lokale  
präventive  
Beratungsstelle

Die letztlich für den Erfolg präventiver Arbeit sind Einstellungen und Bemühungen einzelner Menschen. Viele Menschen sind engagiert und wollen helfen, aber sie wissen vielleicht nicht immer, auf welche Art sie nützlich sein können oder an wen sie sich wenden sollen. Um Initiative und Engagement dieser Menschen aufrechtzuerhalten, ist eine einfache Organisation notwendig. Eine lokale präventive Beratungsstelle könnte hier eine wichtige Rolle spielen und Anlaufstelle sein für Einzelpersonen, Betriebe, Vereine und Organisationen, die zur präventiven Arbeit beitragen wollen. Eine solche Beratungsstelle könnte auch verschiedene lokale Initiativen koordinieren, und die Erkenntnisse, die es in präventiven Fragen gibt, vermitteln.

Natürlich soll die Polizei eine wichtige Rolle in der lokalen präventiven Beratung spielen. Die präventive Arbeit ist ein wichtiger Bestandteil der Polizeiarbeit, und durch die problemorientierte Arbeitsweise und den damit zusammenhängenden Aufbau der lokalen Polizei wird diese Arbeit in noch höherem Maße betont.

Aber die Rolle der Gemeinde darf nicht unterschätzt werden. Die Gemeinde kann mit politischen Entscheidungen z.B. in der Schule und bei den Sozialbehörden die Ausrichtung der präventiven Arbeit beeinflussen und die Zusammenarbeit über kommunale Grenzen hinweg erleichtern. Die Gemeinde hat außerdem die Verantwortung für die Erteilung von Alkoholkonzessionen an Restaurants übernommen, was eine neue und verstärkte Rolle in der Alkoholpolitik bedeutet.

Genauso wie die Polizei kann die Gemeinde deshalb Träger der lokalen präventiven Arbeit sein.

Eine lokale präventive Beratungsstelle ist eine wertvolle Ergänzung zu den lokalen Polizeiberatungsstellen, die zur Zeit im Land eingerichtet werden. Daß die geographischen Grenzen für Gemeinden und Polizeireviere nicht immer zusammenfallen, darf einer solchen Zusammenarbeit keine Hindernisse in den Weg stellen, sondern die Zusammenarbeit soll über die Grenzen von Gemeinden und Polizeirevieren hinweg erfolgen, falls dies erforderlich ist.

Die lokale präventive Beratungsstelle sollte, außer aus Vertretern der Gemeinden und der Polizei auch aus Repräsentanten der Sozialbehörden und der Schule bestehen. Andere Verwaltungen und Organe, die zur Arbeit beitragen können, sind Freizeitausschüsse, das Gesundheitswesen, das Arbeitsamt und die Alkohol- und Drogenhilfe. In der lokalen Beratungsstelle sollten außerdem Einzelpersonen, Vereine, Betriebe und Organisationen mit Kompetenz und Vermögen, einen Beitrag zur Arbeit zu leisten, zu finden sein. Von großem Interesse ist auch, Wohnungsgesellschaften, gewerkschaftliche Organisationen und Repräsentanten von Versicherungsgesellschaften sowie Handels- und Wirtschaftsorganisationen zu engagieren.

Daß eine lokale präventive Beratungsstelle mit Vertretern der Gemeinden und verschiedenen lokalen Behörden, privaten Interessenten und einzelnen Bürgern eingerichtet wird, darf natürlich nicht bedeuten, daß die Interessen der Behörden im Vordergrund stehen. Eine solche Beratungsstelle soll in erster Linie für die Unterstützung der privaten Initiative sorgen und das Interesse von Einzelpersonen an einer Mitwirkung bei der präventiven Arbeit miteinbeziehen.



Aufgaben einer  
lokalen Beratungs-  
stelle

Folgende Aufgaben könnten u.a. von einer lokalen präventiven Beratungsstelle übernommen werden:

- Ein präventives Programm mit langfristigen und kurzfristigen Zielen und Maßnahmen einrichten.
- Konkrete Pläne erstellen, um kriminelle Laufbahnen zu verhindern sowie Gelegenheitsverbrechen und die Kriminalität von Rückfallstrafätern zu senken.
- Die Koordination verschiedener Maßnahmen übernehmen, und rasch die Information über den Bedarf an Maßnahmen zwischen verschiedenen Verwaltungen und Organen vermitteln.
- Die Maßnahmen weiterentwickeln und auswerten, die in der präventiven Arbeit getroffen werden.

Die Ergebnisse der Auswertungen sollten auf die nationale Ebene weitergeleitet werden, so daß die Erfahrungen für die zukünftige übergreifende präventive Arbeit genutzt werden können. In dieser Arbeit sollte der Präventionsrat eine zentrale Rolle spielen. Eine Mobilisierung u.a. von Einzelpersonen setzt voraus, daß jene, die in der Umgebung wohnen, arbeiten oder in die Schule gehen, Nutznießer der Ergebnisse durchgeführter Maßnahmen sind. So kann Interesse an der präventiven Arbeit geweckt werden, und das Wissen darüber verbessert werden, welche Maßnahmen wirkungsvoll sein können.

Die lokale präventive Beratungsstelle sollte also dafür verantwortlich sein, Informationen zur präventiven Arbeit lokal zu verbreiten, und dafür zu sorgen, daß die Ergebnisse der Maßnahmen, die durchgeführt werden, den Betroffenen zugute kommen.

### **Situative Verbrechenprävention**

Wie bereits erwähnt, kann die operative präventive Arbeit in Strategien eingeteilt werden: Strategien, die auf die Beeinflussung der Umstände der Situation selbst ausgerichtet sind, die die Ausführung von Verbrechen erlauben; außerdem Strategien, die zum Ziel haben, die Neigung gewisser Menschen zum Verbrechen zu senken. Man spricht für gewöhnlich von situativer bzw. sozialer Verbrechenprävention.

Die *situative Verbrechensprävention* hat zum Ziel, die Wahrscheinlichkeit für Verbrechen dadurch zu vermindern, daß Verbrechen weniger lohnend, dafür aber riskanter und schwieriger durchzuführen sind. Weiterhin sind Maßnahmen vorgesehen, um Ausreden in der Art "alle anderen machen das auch", "es trifft keinen Armen" oder "das haben sie verdient" entgegenzuwirken. Während die soziale Verbrechensprävention zum Ziel hat, auf lange Sicht die Umstände zu verändern, die Bedeutung für die Neigung eines Individuums zum Verbrechen haben, hat die situative Verbrechensprävention also ihren Ausgangspunkt in der eigentlichen Verbrechenssituation.

Schnelle  
Erfolge

Präventive Arbeit auf lokaler Ebene sollte möglichst mit situativer Verbrechensprävention einsetzen. Die Erfahrungen lokaler Zusammenarbeit gegen Kriminalität zeigen, daß man sich in einer solchen Zusammenarbeit leichter darauf einigt, wie die Zahl der Gelegenheiten zum Verbrechen gesenkt werden kann, als sich über die Maßnahmen im sozialen Bereich einig zu werden. Es ist also leichter, Menschen für solche Initiativen zu gewinnen. Bereits heute existieren so gute Erkenntnisse über situative Verbrechensprävention, daß es möglich sein sollte, zumindest bestimmte Arten von Kriminalität zu beeinflussen.

Ein weiterer Grund für den Start mit situativen Maßnahmen sind die raschen und normalerweise meßbaren Resultate von erfolgreichen Projekten dieser Art. Gute Resultate durchgeführter Maßnahmen, selbst wenn der Bereich der Aktivitäten begrenzt ist, schaffen Enthusiasmus bei Entscheidungsträgern und anderen Aktiven der Arbeit, und tragen damit dazu bei, gute Voraussetzungen für zukünftige Projekte und langfristige Programme zu schaffen, deren sichtbare Ergebnisse in fernerer Zukunft liegen.

Die Veränderung der Gelegenheitsstruktur ist lange Zeit mit der Vorbeugung von Diebstahlsdelikten in Zusammenhang gebracht worden. Die Maßnahmen haben zum Ziel gehabt, den Diebstahl der Objekte zu erschweren, z.B. in Form von besseren Schlössern und Türen zu Wohnungen, Lenkradschlössern in Autos oder verstärktem Schutz für Räume im Keller und unter dem Dach. Aber situative Verbrechensprävention ist viel mehr als das.

Auch Gewaltverbrechen und andere Störungen der öffentlichen Ordnung konnten mit situativen Maßnahmen, die konsequent und zielgerichtet durchgeführt wurden, beeinflußt werden. Desweiteren können Behörden, Betriebe und Vereine sowie Einzelpersonen erfolgreiche Arbeit leisten. Dabei geht es um die Vorbeugung von Wirtschaftskriminalität unterschiedlicher Art, u.a. durch die Forderung nach Quittungen in allen Zahlungsangelegenheiten, und durch die Abstandnahme von Schwarzarbeit. Die lokalen Arbeitgeberverbände können hier eine große Rolle spielen.

Zusammengefaßt kann die situative Verbrechenprävention in folgende Arten von Maßnahmen eingeteilt werden:

- Die Durchführung von Straftaten erschweren.
- Das Risiko, bei Verbrechen ertappt zu werden, erhöhen.
- Die Rentabilität von Verbrechen reduzieren.
- Ausreden erschweren.

Die Durchführung erschweren

Die *Durchführung* von Straftaten *zu erschweren*, kann, in Kombination mit physischen Hindernissen bedeuten, daß man die Zugangskontrollen zu bestimmten Orten verstärkt, z.B. zu Parkhäusern. Oder man verwendet Codeschlösser in Kombination mit Türsprechanlagen in Wohnhäusern. Oder man wehrt mutmaßliche Täter auf andere Art ab, so daß sie nicht mit Verbrechenobjekten oder potentiellen Opfern in Kontakt kommen. Konkret könnten solche Maßnahmen z.B. darin bestehen, daß man mehr Bushaltestellen einsetzt oder sie versetzt, so daß Jugendliche, die am Wochenende spät nach Hause kommen, sich nicht an derselben Stelle sammeln, oder man trennt Fans unterschiedlicher Fußballmannschaften bei Spielen. Weiterhin kann bestimmten Arten von Verbrechen dadurch vorgebeugt werden, daß man den Zugang erschwert oder auf andere Weise das Vorkommen von Hilfsmitteln für Verbrechen kontrolliert (z.B. durch Regelung des Verkaufs von Farbsprühdosen).

Das Risiko erhöhen,  
ertappt zu werden

Eine andere Gruppe von situativen Maßnahmen hat zum Ziel, das Risiko zu erhöhen, ertappt zu werden. Alternativ soll der Täter zumindest das Gefühl haben, daß das Risiko, ertappt zu werden, größer ist, als es der Fall ist. Es geht nicht nur um sogenannte formelle soziale Kontrolle, die z.B. von der Polizei, von Sicherheitskräften und Kaufhausdetektiven ausgeübt wird. Die Kontrolle kann auch informell sein. Diese unterscheidet sich von formeller Kontrolle dadurch, daß sie von Personen ausgeübt wird, die andere Aufgaben haben als direkte Kontrolle im Zusammenhang mit Verbrechen. Beispiele hierfür sind Lehrer, Taxifahrer, Schaffner, Verkäufer, Müllmänner, Briefträger usw. Eine konkrete informelle soziale Kontrolle ist die Tätigkeit des Hausmeisters. Die Erfahrung hat gezeigt, daß das Hausmeistersystem, wo es noch existiert, bei den Mietern nicht zuletzt deswegen beliebt ist, weil Gebäude mit Hausmeister weniger häufig Beschädigungen und Einbrüchen in Wohnungen, Kellern und auf Dachstühlen ausgesetzt sind.

Auch die Zahl der "wachsamen Augen" in der Gesellschaft und ihre Möglichkeiten, Verbrechen zu entdecken, kann durch die Veränderung der baulichen Umgebung in der lokalen Gesellschaft beeinflußt werden.

Bestimmte Wohngebiete sind z.B. mehr von Verschmutzung durch Abfällen, Graffiti, abgestellten Aowracks, kaputten Fahrrädern und ähnlichem betroffen. Dort kommen auch bedeutend mehr schwere Verbrechen vor als in anderen Gebieten, wie z.B. Gewaltverbrechen und Einbrüche. Das hängt natürlich auch damit zusammen, daß in diesen Gebieten Haushalte sozialer Randgruppen (Drogenabhängige, Kriminelle) überrepräsentiert sind.

Aber in der Forschung konnte man zeigen, daß in den Gebieten, die nach außen den Eindruck mangelnder Organisation und niedriger sozialer Kontrolle vermitteln, Verstöße gegen die Norm nicht genauso als Abweichung gewertet werden wie dort, wo keine Anzeichen darauf hinweisen, daß die Wohngegend heruntergekommen ist. Die weniger schweren Verbrechen, die auch leichter mit situativen Maßnahmen zu beeinflussen sind, und die den eigentlichen Nährboden für die schweren Verbrechen bilden, werden toleriert. Defekte Straßenlaternen können als Signal zur Zerstörung der noch funktionierenden aufgefaßt werden, und mit Graffiti verunstaltete Wände können eine weitere Zerstörung der Umgebung stimulieren.

Durch sorgfältige Planung der Gestaltung der baulichen Umgebung, u.a. um das Gefühl von Integration und Sichtkontakt zu verbessern, kann die Kriminalität in solchen Gebieten beeinflußt werden.

Den Gewinn aus Verbrechen reduzieren

Neben der Erhöhung des Risikos, erappt zu werden und dem dadurch erhöhten Risiko einer drohenden Strafe, kann situative Verbrechenprävention darin bestehen, *den erwarteten Gewinn* aus einem Verbrechen zu *reduzieren*. Der Gewinn aus dem Einbruch in ein Auto verringert sich, wenn Wertgegenstände wie Autoradios aus dem Auto mitgenommen werden, wenn es unbewacht zurückgelassen wird. Raubüberfälle auf Geschäfte sind weniger lohnend, wenn größere Geldbeträge in Kassetten aufbewahrt werden. Eine gut sichtbare Markierung von wertvollem Eigentum, z.B. Fahrrädern und Mopeds etc. kann dazu beitragen, daß der Täter davon absieht, das Objekt zu entwenden oder zumindest die Rückgabe erleichtert wird.

Ausreden erschweren

Eine umfangreiche Erforschung von Alltagsverbrechen wie Steuerdelikten, Trunkenheit am Steuer, Ladendiebstahl und Verbrechen Angestellter zeigt, daß die Betroffenen zu einem sehr großen Teil Menschen sind, die ihr Verhalten damit entschuldigen, daß "alle anderen das auch tun" oder daß "es keinen Armen trifft". Solchen Rationalisierungen von eigenem abweichenden Verhalten muß entgegengewirkt werden. *Ausreden erschweren* kann z.B. bedeuten, daß viel deutlicher als bisher darüber informiert wird, welches Verhalten nicht akzeptiert wird. Oft geht es auch darum, die Toleranzgrenze für bestimmte Verhaltensweisen herabzusetzen, u.a. in Bezug auf Alkoholkonsum oder Störungen der öffentlichen Ordnung z.B. in Parks, auf öffentlichen Plätzen oder in der Innenstadt.

### **Soziale Verbrechenprävention**

Der Ausgangspunkt für die soziale Verbrechenprävention ist die Entstehung der Verbrechenneigung von Menschen in einem frühen Stadium ihres Lebens. Sie ist das Ergebnis individueller Eigenschaften und sozialer Integration in der Gesellschaft. Die oft langfristigen Maßnahmen haben zum Ziel, die Selbstkontrolle (und damit die Fähigkeit, Versuchungen und Provokationen zu widerstehen) und die sozialen gesellschaftlichen Bande zu stärken.

Die bedeutendsten Faktoren für die Verhinderung einer kriminellen Entwicklung sind hauptsächlich in anderen Bereichen der Gesellschaft zu suchen als in denen, die normalerweise mit der reinen Kriminalpolitik in Zusammenhang gebracht werden. Das Bewußtsein, daß Entscheidungen der Gesellschaftspolitik, die z.B. den Arbeitsmarkt, die Jugendlichen oder Sozial- und Wohnungspolitik betreffen, kriminalpolitische Nebenwirkungen haben können, muß auf zentraler, regionaler und lokaler Ebene verbessert werden.

Besondere Aufmerksamkeit sollte der Bedeutung von Eltern und Schule gelten bei der Begrenzung des Risikos, daß Kinder und Jugendliche eine kriminelle Laufbahn einschlagen.

Eltern haben entscheidende Bedeutung

*Die Eltern* sind selbstverständlich von zentraler Bedeutung für die individuelle Entwicklung der Selbstkontrolle und für die Entwicklung der sozialen Bande. Ein Grundsatz der Familienpolitik ist, sowohl durch generelle als auch durch selektive Maßnahmen dafür zu sorgen, daß ein Kind zu einem sicheren Menschen mit Verantwortungsgefühl heranwachsen kann. Es kann nicht genug betont werden, daß die Eltern eine entscheidende Bedeutung für die Normen und Werte haben, die das Kind prägen.

Mangelnder Kontakt oder mangelnde Geborgenheit in der Beziehung zu den Eltern kann zu kriminellem Verhalten führen. Die fehlende Geborgenheit kann von unzulänglicher Führung durch die Eltern herrühren oder von widersprüchlichen Maßnahmen in der Erziehung des Kindes. Sie kann auch dadurch entstehen, daß die Eltern blinden Gehorsam verlangen oder daß ihre Erziehung von Repressalien oder Bedrohungen geprägt ist. Weiterhin ist der Grad des elterlichen Einblicks in die Pläne des Kindes oder eine Überwachung der Aktivitäten außerhalb der Familie ein wichtiger Faktor für die Erklärung des kriminellen Verhaltens von Jugendlichen.

*Die Schule* bewertet gute soziale und intellektuelle Leistungen. Diesen Werten zu entsprechen stärkt die sozialen gesellschaftlichen Bande. Die Schüler, die das nicht schaffen, können leicht außerhalb der Gemeinschaft stehen und entwickeln eventuell eine gleichgültige Haltung gegenüber der Schule, was sich wiederum in Schulschwänzen und später auch in Kriminalität äußern kann.

Negative Haltung zu Schule und Hausaufgaben, wenig Ambition in der Schule und schwache Leistungen stehen im Zusammenhang mit kriminellen und asozialen Verhaltensweisen bei Kindern und Jugendlichen.

Wichtig:  
Frühzeitige  
Maßnahmen

Soziale Faktoren wie niedriger sozio-ökonomischer Status, eine zerrüttete Familie und eventuell eine kriminelle Vergangenheit der eigenen Eltern haben Bezug zu kriminellen und anderen antisozialen Verhaltensweisen von Kindern und Jugendlichen, jedoch lediglich bei Wechselwirkungen mit Familie, Schule und Hausaufgaben sowie im Umgang mit Freunden.

Ohne Rücksicht auf den sozialen Hintergrund des Kindes werden die Voraussetzungen für eine kriminelle Entwicklung am stärksten von den Beziehungen zu Eltern, Schule und Freunden beeinflusst.

Eine gute Beziehung zu den Eltern kann sehr wohl Mängel in Faktoren wie z.B. zerrüttete Familie oder schlechte wirtschaftliche und materielle Verhältnisse kompensieren.

Daraus folgt, daß es wichtig ist, frühzeitig Maßnahmen für eine gute soziale Entwicklung zu treffen und die Eltern in ihrer Erziehung zu unterstützen. Je länger eine "Karriere in abweichendem Verhalten" dauert, desto schwieriger ist es, eine weitere Entwicklung zu verhindern. Der ständig rückfällige Verbrecher wird immer mehr in einer Laufbahn gefangen, die sich förderlich auf die Kriminalität auswirkt. Nicht selten steht ein solcher Lebensstil mit Drogenmißbrauch verschiedener Arten in Zusammenhang, was die Kontakte mit nicht kriminellen Menschen erschwert. Sich ständig wiederholende Kontakte mit dem Rechtswesen können die Möglichkeiten, einen Fuß auf den Arbeitsmarkt zu setzen und ein soziales Netz aufzubauen, stark begrenzen. Das wiederum kann dazu beitragen, daß die sozialen Erfolge in höherem Maß an kriminelles Verhalten als an einen gesetzestreuen Lebensstil gekoppelt sind.

Intensive  
Entwicklungs-  
arbeit  
erforderlich

Innerhalb der sozialen Verbrechensprävention gibt es viel zu tun. Weil die Maßnahmen in diesem Bereich normalerweise frühzeitig ergriffen werden, und die Erfolge in ferner, manchmal sehr ferner Zukunft liegen, werden große Anforderungen an die Beharrlichkeit der betroffenen Parteien gestellt. Der Bedarf an ständiger Verbesserung des Wissens erfordert eine intensive Entwicklungsarbeit in Zusammenarbeit mit vielen

verschiedenen Institutionen, hauptsächlich Eltern, Sozialbehörden, Mütter- und Kinderfürsorge und Schule.

Neben den Maßnahmen zur Förderung einer günstigen sozialen Entwicklung, die bereits heute in der regulären Arbeit verschiedener Behörden getroffen werden, werden außerdem an mehreren Stellen im Land verschiedene Formen von Versuchsprojekten erprobt, u.a. mit dem Ziel, Eltern bei Problemen in der Kindererziehung zu unterstützen und ihnen zu helfen. Verschiedene umfangreiche Forschungsprojekte haben auch zu Vorschlägen zu Maßnahmen im Bereich der sozialen Verbrechensprävention geführt.

Unter den Vorschlägen zu frühzeitigen sozialen Maßnahmen kann eine verstärkte Information und Ausbildung von frischgebackenen Eltern zur Unterstützung in ihrer Erziehung genannt werden. Die Maßnahmen können eine Kombination von generellen Bemühungen für alle sein, z.B. für alle Bewohner eines Wohngebietes sowie von individuellen Maßnahmen, die an die spezifischen Bedürfnisse eines bestimmten Kindes oder einer bestimmten Familie angepaßt sind. Den Eltern kann z.B. eine Kontaktperson zur Seite stehen, mit der sie Probleme diskutieren können, und die sie in ihrer Erziehung unterstützen kann. Solche Maßnahmen müssen den lokalen Umständen angepaßt werden und von den Bedingungen ausgehen, die in dem Wohngebiet der Familie herrschen.

Die Schule spielt eine große Rolle

In der sozialen Prävention, die sich an ältere Kinder richtet, nimmt die Schule eine wichtige Rolle ein. Die Schule erfüllt in Zusammenarbeit mit den Eltern und anderen Beteiligten auf dem Gebiet der Verbrechensprävention eine wichtige Funktion bei den Voraussetzungen für die soziale Entwicklung der Schüler.

Heute bestehen in vielen Schulen bereits besondere Programme, um Mobbing und Schwänzen entgegenzuwirken. Das sind zwei sehr wichtige Bereiche für die Auswertung und die damit zusammenhängende Verbesserung des Wissens.

Genauso sollten die Verfahren für die kontinuierliche Information der Eltern über Ordnung und Benehmen und der unmittelbare Kontakt mit den Eltern bei ernststen Problemen verbessert werden.

Ab dem fünften oder sechsten Schuljahr sollten Freizeitorganisationen und Polizei in höherem Maße in die präventive Zusammenarbeit mit einbezogen werden. Die Maßnahmen können sich darauf beziehen, die schulischen Aktivitäten mit den Freizeitaktivitäten zu koordinieren, u.a. um den Kontakt zu den



Erwachsenen zu verbessern, sowie auf vermehrte Information der Eltern Jugendlicher und der Jugendlichen selbst über lokale Probleme.

Weiterhin sollte die Schule Betreuungsprogramme einrichten, wie man mit Verbrechen umgehen soll, die von Schülern in der Schule oder der unmittelbaren Umgebung begangen werden. Im Zusammenhang damit können Sozialbehörden und Polizei dabei mitwirken, die Jugendbanden zu identifizieren, die zu immer schwereren Verbrechen tendieren.

Hohes Risiko  
bei frühzeitigem  
Einstieg in die  
Kriminalität

Besondere Aufmerksamkeit sollte den Verbrechen Jugendlicher gelten, die erfahrungsgemäß sehr früh zu einer langen und schweren kriminellen Laufbahn führen. Autodiebstahl ist ein Beispiel für solche Verbrechen. Das Einstiegsalter ist normalerweise sehr niedrig, und die Statistik zeigt, daß bei den Einsteigern im Bereich Autodiebstahl die Rückfallquote für neue Verbrechen besonders hoch ist.

Ein früher Einstieg in die Kriminalität, und besonders, wenn die Verbrechen schwerer Art sind oder in relativ kurzer Zeit aufeinanderfolgen, erfordert immer besondere Maßnahmen sozialen Charakters. Das Risiko, daß die Verbrechen fortgesetzt werden und schwerer werden, ist dann sehr groß.

Bei ständig rückfälligen Verbrechern sollte die soziale Arbeit sich auf konstruktive Maßnahmen gegen spezifische Probleme im Leben des Individuums richten. Normalerweise geht es darum, die Etablierung eines strukturierten Lebens außerhalb krimineller Kreise, in denen die Person normalerweise lebt, zu unterstützen.

Mittel zur Vorbeugung einer weitergehenden kriminellen Entwicklung bei gewohnheitsmäßig Kriminellen müssen koordiniert werden, um die Durchschlagskraft zu erhalten, die für dieses Ziel notwendig ist. Der Wissens- und Informationsaustausch von Polizei, Strafvollzug in Freiheit, Sozialbehörden, Arbeitsamt, Gesundheitswesen und anderen Beteiligten sollte deshalb intensiviert werden.

## VI Die Durchführung

Das Programm, das die Regierung jetzt vorgelegt hat, beinhaltet Maßnahmen auf zentraler, regionaler und lokaler Ebene. Es bezieht sich sowohl auf Maßnahmen, die direkt ergriffen werden können, als auch auf Maßnahmen, die erst langfristig durchgeführt werden können und langfristig Wirkung zeigen.

Viele der Maßnahmen betreffen Bereiche, über die die Staatsgewalt verfügt, z.B. Neuerungen und Änderungen in der Gesetzgebung, Direktiven für Untersuchungsausschüsse und Komitees, Aufträge an Behörden und die Verteilung staatlicher Mittel.

Der Schwerpunkt des Programms betrifft jedoch Maßnahmen zur Unterstützung und Förderung lokaler präventiver Arbeit. In diesen Teilen richtet sich das Programm an kommunale Behörden, die Privatwirtschaft, Organisationen, Vereine und einzelne Bürger. Es basiert größtenteils auf einer mehr oder weniger formalisierten und mehr oder weniger freiwilligen Zusammenarbeit derer, die die Möglichkeit haben, lokal Kriminalität zu beeinflussen. In dieser Hinsicht ist organisatorische Unterstützung erforderlich, damit die Absichten des Programms verwirklicht werden können. In diesem Abschnitt wird vorgestellt, wie die Regierung beabsichtigt, diese Unterstützung zu gestalten.

### **Die neue Rolle des Präventionsrates**

Der Präventionsrat wurde 1974 gegründet. Der Rat erhielt damals u.a. die Aufgabe, die Arbeit verschiedener gesellschaftlicher Institutionen gegen Kriminalität zu koordinieren und mit anderen Behörden und Organisationen zusammenzuarbeiten, um die Mithilfe aller in der präventiven Arbeit zu erreichen. Das Ziel war, die Möglichkeiten der Zusammenarbeit zu verbessern und die Mängel in der bestehenden Koordination zu beseitigen. Der Rat sollte auch Vorschläge für präventive Maßnahmen in einem ausgedehnten sozialen Bereich ausarbeiten sowie die Forschung verfolgen und auswerten, die von Interesse für die präventive Arbeit ist sowie die Forschungsergebnisse bekanntmachen.

Die Rolle des Präventionsrates ist seitdem Ziel mehrerer Untersuchungen gewesen, und die Tätigkeit ist verschiedenen Veränderungen unterworfen worden. Bereits von Anfang an hat der Präventionsrat selbst umfangreiche Forschungen betrieben.

Nach den letzten Veränderungen, die am 1. Juli 1993 in Kraft traten, hat der Präventionsrat sich zu einem qualifizierten Expertenorgan in kriminalpolitischen Fragen entwickelt. Er hat die Aufgabe, präventive Arbeit durch Entwicklung, Auswertung, angewandte Forschung und Information im kriminalpolitischen Bereich zu fördern. Ein wichtiger Teil der Arbeit besteht darin, Unterlagen für die Regierung in bezug auf Maßnahmen und Prioritäten in der kriminalpolitischen Arbeit auszuarbeiten sowie bereits getroffene Maßnahmen auszuwerten. Auch die Unterstützung der lokalen präventiven Arbeit ist ein wichtiger Bereich.

Ein großer Teil der Arbeit, die der Präventionsrat heute leistet, geht also Hand in Hand mit der Unterstützung der lokalen präventiven Arbeit. Ein Beispiel hierfür ist ein Handbuch für lokale präventive Arbeit, das zur Zeit erarbeitet wird sowie eine Übersicht zum Wissensstand über Kriminalität, Verbrecher, Ursachen der Kriminalität und Verbrechensprävention, die herausgegeben wird.

Der Präventionsrat soll der Unterstützung lokaler Arbeit Vorrang geben

Die Arbeit des Präventionsrates zur Unterstützung der lokalen Initiativen soll unterstrichen und weiterentwickelt werden, und der Präventionsrat soll deshalb Aufgaben, die die Förderung lokaler Arbeit zum Ziel haben, Vorrang geben. Die Aufgaben des Präventionsrates in der Unterstützung lokaler Arbeit können folgendermaßen zusammengefaßt werden:

Der Präventionsrat soll Formen ausarbeiten, um in Zusammenarbeit mit anderen Behörden *die lokale präventive Arbeit zu stimulieren*. Der Präventionsrat soll auch aktiv dafür sorgen, daß eine lokale präventive Arbeit auf geeignete Weise organisiert wird.

Der Präventionsrat soll mit *Informationen zur präventiven Arbeit* beitragen. Sie können z.B. die praktische Dokumentation der Probleme betreffen und die Bereitstellung der Unterlagen für die Dokumentation. Der Präventionsrat soll aktiv dafür sorgen, daß die Kenntnisse von erfolgreichen präventiven Projekten gesammelt und verbreitet werden, sowohl aus Schweden als auch aus anderen Ländern. Der Präventionsrat soll auch dafür sorgen, daß der Bedarf an qualifizierter Ausbildung gedeckt wird. Bei dieser Arbeit sollte der Präventionsrat verstärkt mit den Hochschulen des Landes zusammenarbeiten.

Es gibt einen großen Bedarf daran, daß der Präventionsrat bei der *Weiterentwicklung und der Auswertung* verschiedener lokaler präventiver Projekte *beihilflich ist*. Genauso wichtig ist es, Menschen mit

wissenschaftlicher Kompetenz für die lokale Arbeit zu gewinnen. Personal u.a. von lokalen Hochschulen können bei der Planung und der Auswertung lokaler Projekte helfen. Der Grundgedanke ist, daß Forscher bei lokalen Versuchsprojekten mitwirken können und bei Entwicklung und Forschung assistieren. Eine erweiterte Zusammenarbeit von Forschung und Praxis auf diesem Gebiet schafft Voraussetzungen für einen systematischen Erfahrungsaustausch und fördert die Kontinuität der Arbeit.

Damit der Präventionsrat die Forderungen nach einer weiterentwickelten Unterstützung der lokalen Arbeit erfüllen kann, ist es notwendig, daß der Rat bestimmte Prioritäten und in gewissem Maße die Ausrichtung seiner Tätigkeit ändert. Die Veränderungen, die im Präventionsrat erforderlich sind, sollen 1997 durchgeführt werden.

### **Wirtschaftliche Unterstützung der lokalen Arbeit**

Um den Aufbau einer kontinuierlichen, langfristigen und ausdauernden präventiven Arbeit zu unterstützen, ist es notwendig, daß Mittel für diesen Zweck im Staatshaushalt veranschlagt werden. Für 1996 sollen die für Prävention etc. veranschlagten 10,8 Millionen Kronen zur Unterstützung lokaler präventiver Projekte eingesetzt werden. Eine vergleichbare Summe sollte auch 1997 und 1998 für die Unterstützung lokaler Projekte bereitgestellt werden. Langfristig sollte die Unterstützung mit den Geldern koordiniert werden, die die Landespolizeibehörde zur Zeit für lokale präventive Projekte zur Verfügung stellt.

Die Mittel, die bereitgestellt wurden, sollen vor allem für die Entwicklung der präventiven Arbeit auf lokaler Ebene verwendet werden. In dem Maße, in dem sie für Forschungszwecke eingesetzt werden, sollte es sich um angewendete Forschung und kleinere Projekte handeln. Eine solche Ausrichtung sorgt für schnellere Erfolge und macht die Projekte weniger angreifbar. Die Mittel sollten auch als initiale Unterstützung für den Aufbau einer lokalen Organisation der präventiven Arbeit verwendet werden können. Die Mittel sollten jedoch nicht in Anspruch genommen werden, um die bestehende Arbeit in diesen lokalen Organisationen zu finanzieren.

Die Projekte und Maßnahmen, die wirtschaftliche Unterstützung erhalten, sollten als Teil eines langfristigeren Plans zur Verbesserung des Wissensstandes eingeordnet werden können. Das bedeutet, daß an die Bewilligung der Mittel spezielle Forderungen gestellt werden. Die Ergebnisse und Erfahrungen der Projekte, denen eine Unterstützung bewilligt wurde, sollen für eine solche Verbesserung des Wissensstandes verwendet werden können. Die Arbeit sollte deshalb dokumentiert und verfolgt werden. Die Ergebnisse und Erfahrungen sollten vom Präventionsrat für den Aufbau einer zentralen Wissensbank verwendet werden können.

### **Ein Durchführungskomitee wird eingesetzt**

Ein Komitee soll den Auftrag erhalten, dafür zu sorgen, daß die Intentionen im hier vorgestellten nationalen Präventionsprogramm durchgeführt werden. Die Hauptaufgaben des Komitees sind Einrichtung und Weiterentwicklung der nationalen Beratungsstellen und die Unterstützung und Weiterentwicklung der präventiven Arbeit vor allem auf lokaler Ebene.

Das Komitee soll auch in Beratung mit den Gemeinden dafür sorgen, daß die lokale präventive Arbeit optimal organisiert wird, und daß lokale präventive Programme ins Leben gerufen werden.

Wissen  
verbreiten

Der Aufbau einer erfolgreichen präventiven Arbeit erfordert Wissen über die Ursachen der Kriminalität und über die Möglichkeiten, Verbrechen vorzubeugen.

Das Durchführungskomitee soll die vorhandenen Kenntnisse in diesem Bereich bekannt machen und für einen konstruktiven Erfahrungsaustausch sorgen. Eine Aufgabe des Komitees ist, sich fortlaufend bei Gemeinden, Behörden, Organisationen und Einzelpersonen über die Bedürfnisse und Wünsche auf lokaler Ebene zu informieren und Kontakte zwischen verschiedenen präventiven Projekten herzustellen.

Das Komitee soll auch untersuchen, ob geeignetes Unterrichtsmaterial für die Schule über Normen, Werte und Rechtsprinzipien, auf denen die schwedische Gesellschaft ruht, vorhanden ist. Wenn das Komitee feststellt, daß solches Material nicht vorhanden ist, soll das Komitee dafür sorgen, daß solches Material erarbeitet wird oder auf andere Weise der Schule zugänglich gemacht wird.

## Versuchsprojekte

Um eine kontinuierliche Weiterentwicklung der Kenntnisse von präventiven Maßnahmen zu erreichen, ist die Gestaltung und Durchführung von qualifizierten Versuchsprojekten erforderlich. Das setzt voraus, daß die lokale Arbeit mit der Kompetenz von Forschern in Gestaltung, Durchführung und Auswertung von Projekten unterstützt werden kann. Der Präventionsrat und die Forschungsabteilung der Landespolizeibehörde verrichten bereits heute bedeutende Arbeit auf diesem Gebiet. Aber auch andere können mit Kompetenz zur lokalen Arbeit beitragen. Das Durchführungskomitee soll Formen für die Zusammenarbeit mit Universitäten und Hochschulen des Landes entwickeln, damit diese mit Forschungs- und Entwicklungskompetenz zu lokalen Projekten beitragen können.

Der Schwerpunkt in der präventiven Arbeit soll auf lokaler Ebene liegen. Es ist jedoch wichtig, zu untersuchen, wie auch die Arbeit auf regionaler Ebene intensiviert werden kann. Das Durchführungskomitee sollte eine solche Untersuchung vornehmen, und Maßnahmen zur Intensivierung der präventiven Arbeit auf regionaler Ebene vorstellen.

## Mittel verteilen

Das Durchführungskomitee soll auch damit beauftragt werden, die Mittel zu verteilen, die im Staatshaushalt für die präventive Arbeit bereitgestellt wurden. Die Mittel sollen auf Antrag bewilligt werden. Das Durchführungskomitee soll detaillierte Richtlinien für die Bewilligung von Mitteln und der Einteilung von Projekten nach Priorität gestalten, Anträge für Mittel bearbeiten, Projekte verfolgen sowie in Beratung mit dem Präventionsrat Formen für den Aufbau einer Wissensbank der Erfahrungen, die in unterschiedlichen Projekten gewonnen werden, zu finden.

Eine weitere Aufgabe des Komitees soll die Planung für die Durchführung der Verhandlungen mit der Wirtschaft sein, die die Regierung einzuleiten beschlossen hat.

Das Komitee soll darüber hinaus ungehindert andere Maßnahmen ergreifen und andere Vorschläge vorlegen können, wenn sie dem Hauptziel dienen, die präventive Arbeit zu unterstützen, zu fördern und zu entwickeln.

Die Regierung wird die Arbeit des Durchführungskomitees aktiv beobachten und kontinuierlich den Bedarf weiterer Maßnahmen in Betracht ziehen.

Dem Komitee soll eine Kanzlei zur Seite stehen. Das Komitee soll fortlaufend über die Ergebnis der Arbeit berichten. Der Schlußbericht soll spätestens am 30. Dezember 1998 vorliegen.

## Ausblick

Wie bereits erwähnt, ist eine der Zielsetzungen dieses Programms, daß die Kriminalpolitik ausgeweitet werden soll, und in höherem Grad Maßnahmen zur Verhinderung und Vorbeugung von Verbrechen mit einbeziehen soll. In dieser Hinsicht soll das Programm, das die Regierung jetzt vorlegt, nicht als Plan aufgefaßt werden, der einen Anfang und ein Ende hat, sondern eher als Startschuß für einen langfristigen Prozeß.

Ein zentraler Bestandteil ist die Erarbeitung von permanenten und langfristigen Formen für die Zusammenarbeit in der Verbrechensprävention, nicht zuletzt auf lokaler Ebene.

Der Regierung ist jedoch klar, daß eine erfolgreiche präventive Arbeit, die auch von der Initiative und dem Engagement der Bürger abhängig ist, nicht von oben nach einheitlichem Modell gestaltet werden kann.

### Nationale Gespräche

Das Programm wird deshalb an die Gemeinden des Landes verschickt, um Gegenstand umfangreicher nationaler Gespräche zu werden. Dadurch soll an Erfahrungen lokaler Arbeit und der Sicht der Gemeinden auf Methoden und Zielsetzungen der präventiven Arbeit partizipiert werden. Fragen der Organisation und Arbeitsaufgaben auf lokaler Ebene werden hierdurch besondere Aufmerksamkeit erwiesen.

Die Formen für diese Gespräche werden variieren, aber ihre Durchführung und Weiterentwicklung werden wichtige Aufgaben für das Durchführungskomitee sein. Durch diese Arbeit kann die Basis für die zukünftigen Überlegungen in der präventiven Arbeit erweitert und vertieft werden.

### Langfristige und ausdauernde Arbeit

Durch die methodische und systematische Verbesserung unserer Kenntnisse und dadurch, daß die präventive Perspektive im Rahmen aller betroffenen Gesellschaftsbereiche und auf allen Ebenen beachtet wird, sollten die Voraussetzungen für eine langfristige und ausdauernde präventive Arbeit geschaffen werden können.

